Nr. 451 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 225

Bezugspreis:
Vom 23.—29. Sept. 30 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 23.—29. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich u. Luxemburg 21 700 000 M., für das übrige Ausland 23 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2500000 M.

Anzeigen-Grundpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 400 Mark. Reklamezeile 2000 Mark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 120 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellengesuche das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 M.
Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zurzeit 30 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Donnerstag, den 27. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Ausnahmezustand in Bayern.

v. Kahr zum Generalstaatskommissar ernannt.

München, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) **In einer dreistündigen Sitzung des Ministerrats, die um 9 Uhr zu Ende ging, beschloß das bayerische Gesamtstaatsministerium folgende, sofort in Kraft tretende Verordnung:**

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 4 der Verfassung des Deutschen Reiches und des § 64 der bayerischen Verfassungsurkunde wird für Bayern bis auf weiteres der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Kahr, als Generalstaatskommissar bestellt. Die Artikel 114, 115, 117, 123, 124 und 153 der Verfassung werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind deshalb Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenze zulässig.

Mit der Verkündung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Generalstaatskommissar über. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen. Er ist befugt, nach § 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars gehen über die Anordnungen und Verfügungen aller anderen Behörden mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden. Rechtsmittel gegen die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars sind ausgeschlossen, soweit er nicht selbst etwas anderes anordnet. Der Generalstaatskommissar kann Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen und ihre Uebertretung sowie die Aufforderung und Anreizung zur Uebertretung mit Strafe bedrohen. Er ist auch berechtigt, Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen zu verhängen.

München, den 26. September 1923.

Der Ministerrat.

•

Gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Ausnahmezustandes veröffentlicht die bayerische Regierung nachstehenden

Aufruf an das bayerische Volk:

„Die Reichsregierung mußte sich entschließen, den Kampf, den das deutsche Volk seit dem 11. Januar am Rhein und Ruhr geführt hat, abzubrechen. Die Geldmittel zur Fortführung des Kampfes übersteigen die Kräfte des Reiches. **Auch die bayerische Regierung hat dies anerkannt und dem Beschluß der Reichsregierung zugestimmt.** Ministerpräsident Dr. v. Knilling hat in den Beratungen, die am 25. September in Berlin stattgefunden haben, darüber hinaus und zugleich nachdrücklichst hervorgehoben, daß die auch von England anerkannte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Ruhreinbruches fortbestehen bleibt und daß diese Tatsache von der Reichsregierung entschieden herausgestellt und zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens gemacht werden muß. Der von den Einbruchsmächten gebrochene Vertrag von Versailles dürfe auch von uns nicht mehr als verbindlich angesehen werden. Der Ministerpräsident weiß sich mit dieser seiner Stellungnahme in Uebereinstimmung mit dem weitaus überwiegenden Teile des bayerischen Volkes, das in Spannung und inniger Anteilnahme den Kampf an der Ruhr verfolgt und mit tiefer Trauer die Umstände beklagt, die zu seiner Beendigung führten. Die Erschütterung über diese Entwicklung ist so stark, daß sie zu

Störungen der öffentlichen Ruhe

führen kann. **Das würde aber nichts nützen,** sondern nur Not und Elend noch vermehren. Das Ansehen Bayerns könnte auf das schwerste gefährdet werden. In solcher Lage muß die Staatsregierung die Zügel straff in der Hand behalten. Sie muß solchen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung begegnen und **kann Unverantwortlichen keinen Einfluß auf den Gang der weiteren Verhältnisse einräumen.** Sie allein ist verantwortlich. In diesem Bewußtsein ihrer Verantwortung und angesichts der Gefahren, die die gegenwärtige Lage in sich schließt, hat sich die Staatsregierung entschlossen, besondere Maßnahmen vorzukehren. Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten v. Kahr bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen. Die Staatsregierung ist entschlossen, auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage Volk und Staat zu schützen. Sie richtet an die bayerische Bevölkerung die Aufforderung, sie zu unterstützen, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und sich von Unverantwortlichen nicht mißbrauchen und irreleiten zu lassen."

Ferner tritt Herr v. Kahr als Generalstaatskommissar in folgender Kundgebung an die Oeffentlichkeit:

„In ernster Stunde übernehme ich, meiner vaterländischen Pflicht folgend, das Amt des Generalstaatskommissars für Bayern. Meine Amtshandlungen werden getragen sein von heißer Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volk und zum großen deutschen Vaterland. Ich will mich dabei stützen auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind und unserem Vaterlande gleich mir ehrlich dienen wollen. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und jeden Widerstand gegen meine Anordnungen werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen."

Kahr hat, wie unserem Korrespondenten mitgeteilt wird, sein Amt bereits übernommen und Maßnahmen getroffen, die erhebliches Aufsehen erregen werden. Die für Donnerstag abend festgesetzten Hitler-Versammlungen werden nicht verboten, doch soll durch erhöhte Bereitstellung von Landespolizei und Reichswehr die Gewähr gegeben werden, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gestört werde und die Autorität des Staates keinen Schaden erleide.

•

Die Verhängung des Ausnahmezustands und die Ernennung des Herrn v. Kahr zum Generalstaatskommissar zeigen, bis zu welcher Höhe kritischster Zuspitzung die Dinge in Bayern gediehen sind. Die Regierung v. Knilling unternimmt einen letzten und außerordentlich gewagten Rettungsversuch, indem sie dem Führer der weißblauen „Vaterländischen Verbände" die Aufrechterhaltung der Ordnung überträgt, die von seiten Hitlers, Ludendorffs und der „völkischen Kampfverbände" aufs schwerste gefährdet erscheint. Zwischen Kahr und den Vaterländischen auf der einen Seite, Hitler und den Völkischen auf der anderen bestehen Gegensätze, die in der letzten Zeit mit wechselnder Schärfe zum Ausdruck kamen. Taktisch hängt also alles davon ab, wie sich das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander gestaltet. Die Ernennung Kahrs zum Generalkommissar kann sie noch weiter auseinanderbringen — aber wenn sie sich einigen sollten, dann gäbe es allerdings keine Staatsmacht in Bayern mehr, auf die bei Abwehr eines Rechtsputsches zu rechnen wäre.

Einstweilen besteht der Unterschied zwischen Vaterländischen und Völkischen darin, daß die ersten mit dem Losschlagen warten wollen, bis Norddeutschland „bolschewisiert" ist, während die zweiten meinen, Norddeutschland sei schon jetzt „bolschewisiert", also könne gleich losgeschlagen werden. Die Vaterländischen repräsentieren also nach bayerischen Begriffen das „gemäßigte" Element; sie sind reaktionär bis auf die Knochen, aber doch nicht so ultrarechtsradikal und draufgängerisch wie die Völkischen, die Nationalsozialisten.

Herr v. Kahr steht ferner in scharfem Gegensatz zum Minister des Innern Schweyer, der in den letzten Versammlungen der Vaterländischen Gegenstand der schärfsten Angriffe geworden war. Gern wird also Herr Schweyer gewiß nicht der Ernennung Kahrs zugestimmt haben.

Selbstverständlich ist Herr v. Kahr ein fanatischer Gegner der Sozialdemokratie. Obwohl diese die entschiedenste Anhängerin der Reichseinheit und das beste Bollwerk gegen den Rechtsputsch ist, besteht die Gefahr, daß sich die diktatorischen Maßnahmen des bayerischen Generalstaatskommissars zu allererst gegen sie wenden könnten. Angesichts der Stellung, die die Sozialdemokratie im Reich und in anderen Einzelstaaten einnimmt, könnten sich dann daraus schwere Verwicklungen ergeben.

Schon jetzt aber liegt in der bayerischen Verordnung selbst ein schwerer Konfliktstoff, da diese den Versuch unternimmt, die Reichsbehörden — mit Ausnahme der Reichswehr — dem Generalstaatskommissar zu unterstellen. Insoweit steht die Verordnung in Widerspruch mit dem neuesten Rundtelegramm der Reichsregierung, das die Reichsbeamten an ihre Gehorsamspflicht ihr gegenüber erinnert. Zweifellos kommt der Verordnung in dieser Beziehung nur provisorischer Charakter — im Sinne der Verfassung — zu, und wird es notwendig sein, dieses Provisorium ehestens durch Wiederherstellung der Rechte der Zentralgewalt zu beenden.

So besteht aller Grund, die weitere Entwicklung der Dinge in Bayern mit schärfster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Unverantwortlich wäre es, den Konflikt herauszufordern, verhängnisvoll aber auch, ihn aus dem Wege zu gehen, wenn er von der anderen Seite heraufbeschworen wird. Bayern muß wissen, daß es ein Teil des Reiches ist und daß es noch eine Reichsgewalt gibt!

Vor einem Hitler-Ludendorff-Putsch?

München, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ereignisse in München drängen auf einen gewissen Höhepunkt hin. Die Uebertragung der politischen Leitung der bayerischen Verbände an Adolf Hitler bedeutet die freiwillige Unterordnung der militärischen Stoßtrupps unter eine politische Diktatur, was um so beachtenswerter ist, als der bis ins kleinste ausgearbeitete militärische Apparat der Kampfverbände unter Leitung eines umfangreichen Generalstabes ausschließlich von Berufsmilitär beherrscht wird. Diese militärische Organisation ist außerordentlich straff zusammengefaßt. Sie soll verstärkt werden, wie aus den am Mittwoch veröffentlichten ultimativen Befehlen Hitlers an sämtliche wehrfähigen nationalsozialistischen Parteimitglieder hervorgeht. Innerhalb zehn Tagen sollen nach diesen Anordnungen die Nationalsozialisten aus allen sonstigen militärischen Verbänden austreten und sich in die Reihen der Kampfverbände eingliedern. Wer diesen Befehlen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen. Damit wollen die Kampfverbände

die illegale militärische Macht an sich reißen.

Der Befehl trifft nicht nur die Teilgruppen und -gruppchen, in denen seit Jahr und Tag ein ziviles Soldatenspiel getrieben wird, sondern er ist offensichtlich auch gegen den „Deutschen Offiziersbund", den „Nationalen Verband Deutscher Offiziere", den „Frontkriegerbund" und andere mehr gerichtet, die korporativ dem Bunde „Bayern und Reich" (Vorsitzender Kahr) angeschlossen sind. Nicht zuletzt ist er auch eine Spitze gegen Rupprecht von Wittelsbach, der in seiner bekannten Rede im Nationalverband die bayerischen Offiziere neuerdings auf den von ihnen geleisteten Eid verwiesen hat. Am Donnerstag abend hält Hitler nicht weniger als 14 Versammlungen ab, in denen er überall selbst auftreten will. Für diesen Tag sind in ganz Bayern außerdem alle Versammlungen und Uebungen der Nationalaktiven abgesagt und

alle Kräfte in München konzentriert.

Auch aus Oesterreich und der Tschechoslowakei sind deutschvölkische Führer herbeigerufen. Den Mitgliedern der Kampfverbände wurde jeder Urlaub außerhalb Münchens verweigert. Für die Nacht zum Freitag ist Alarmbereitschaft angeordnet, einzelne Gruppen sind für Freitag früh 4 Uhr in voller Ausrüstung zum Appell berufen. Ein Sturmtrupp Nationalsozialisten hat in der Nacht zum Freitag „Feldwache fürs Stadelheim", ein Gefängnis an der Peripherie Münchens, das in der Rätezeit jene berüchtigte Rolle für Inhaftierung politischer Gefangener gespielt hat. **In diesem Zusammenhang interessiert eine Liste, auf der mehr als 100 Namen politischer Persönlichkeiten verzeichnet sind, die zum Zeitpunkt der Aktion ausgehoben und unschädlich gemacht werden sollen, um die Gegenwirkung zu erschweren. Auf dieser Liste sind Namen bekannter Sozialisten und auch viele Bürgerliche, von denen man eine Hemmung der nationalen „Reinigung" erwartet.**

Als Gegengewicht für den Hitler-Ludendorff-Putsch,

mit dem weite Volksschichten rechnen, kommt außer den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie in der Hauptsache zunächst nur die bayerische Regierung in Frage mit ihrer Befehlsgewalt über die Polizei und eventuell über die Reichswehrformationen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Regierung Knilling-Schweyer der Hitler-Ludendorff-Clique als Gegner gegenübersteht, und daß sie gewillt ist, im Ernstfall mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln einem Putschversuch entgegenzutreten. Anders könnten sich die Dinge gestalten, wenn es den Kampfverbänden gelingen sollte, bei ihrem Vorgehen einen großen Teil der bayerischen Bevölkerung mitzureißen. Ob die Regierung auch dann noch eine Garantie für die Zuverlässigkeit der Landespolizei übernehmen kann, steht dahin. Einstweilen wird versichert, daß die staatlichen Sicherheitsorgane den Befehlen der Regierung absolut gehorchen werden. Auch an der Loyalität des Generals Lossow, des Führers der Reichswehr in Bayern, wird in keiner Weise gezweifelt. Dabei muß man aber darauf hinweisen, daß breite Kreise gerade auch der Mannschaften der Reichswehr stark hitlerisch infiziert sind. Welche besonderen Maßnahmen die bayerische Regierung für die nächste Zeit, insbesondere für Donnerstag und Freitag vorbereitet hat, ist bisher nicht bekannt. In einer Pressekonferenz, zu der aber nur auserwählte Journalisten der bayerischen Zeitungen Zutritt hatten, gab Ministerpräsident Knilling einen Bericht über seine Berliner Reise. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit auch die politische Hochspannung in München zur Sprache gekommen ist.

Knillings Standpunkt.

München, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Stellungnahmme des bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling in der Konferenz der Ministerpräsidenten gibt das Organ

der bayerischen Regierung, die „Staatszeitung“, folgende Informationen;

Angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung ist die Einstellung des passiven Widerstandes zur Notwendigkeit geworden. Aber der bayerische Ministerpräsident hat in Berlin deutlich zum Ausdruck gebracht, daß kein Vertrag und kein Diktat unterschrieben werden darf, die der Ehre des deutschen Volkes zuwiderlaufen, daß unerfüllbare Forderungen und neue Lasten dem deutschen Volke nicht auferlegt werden dürfen. Er ist ferner entschieden dafür eingetreten, daß die Aufgabe des Widerstandes nicht etwa zum Gegenstand eines Notenwechsels mit den Feindmächten gemacht, sondern daß ihre Notwendigkeit dem deutschen Volke lediglich in einem Aufruf der Reichsregierung klargemacht werde, in dem vor aller Welt auf die Rechtswidrigkeit des französisch-belgischen Vorgehens, auf den Bruch des Vertrages von Versailles hingewiesen wird. Diesem Verlangen ist der heute veröffentlichte Aufruf leider nur ganz unzureichend nachgekommen. Leider hat er auch unterlassen, die ebenfalls vom bayerischen Ministerpräsidenten gegebene Anregung zu befolgen, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß uns Leistungen aus dem Vertrag so lange unmöglich sind, als uns nicht die Verfügung über das Rhein- und Ruhrgebiet wieder zusteht und daß der Vertrag von Versailles, weil er von Frankreich gebrochen, auch für Deutschland nicht mehr bindend ist. Freilich stand Herr v. Knilling in der Ministerpräsidentenkonferenz mit seinen Anregungen allein, die Vertreter der anderen Länder konnten sich nicht entschließen, die unabsehbaren Konsequenzen aus der Sachlage zu ziehen, und entsprechend ihrem Verhalten läßt der Aufruf denn auch in der entschiedenen Betonung des Rechtsstandpunktes leider so ziemlich alles zu wünschen übrig.

Der ganze Aufsatz der „Bayerischen Staatszeitung“ erweckt den Eindruck, als wolle sich die Regierung die Rückzugslinie nach rechts freihalten. Das bayerische Kabinett war zu einer mehrstündigen Sitzung versammelt, die am späten Abend des Mittwoch noch fortgesetzt werden soll. Die Aufregung in München ist groß. Es durchschwirren allerlei Gerüchte die Stadt.

Die Währungsbank.

Abänderungen durch das Reichskabinett.

Das Kabinett hat am Mittwoch den Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank verabschiedet. Er ist gestern dem Reichsrat zugegangen. An dem alten Referentenentwurf wurden wesentliche Aenderungen mit dem Ziel vorgenommen, den Einfluß der Wirtschaft auf das neue Noteninstitut zu beschränken. Der alte Entwurf gab der Regierung nur das Recht zur Ernennung eines vorläufigen Präsidenten. Der neue Entwurf berechtigt sie, alle maßgebenden Stellen zu besetzen. Daß gerade die Personenfrage von großer Wichtigkeit ist, beweist ja die Reichsbank unter der Aera Havenstein. Der verabschiedete Plan sieht einen Verwaltungsrat vor, in dem die Wirtschaftsgruppen und auch die Gewerkschaften vertreten sein sollen. Dieser Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor, während der Regierung das Recht bleibt, den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen.

Um eine größere Sicherheit der neuen Note zu erzielen, ist die Höchstgrenze der Notenemission von 2,3 Milliarden auf 1,2 Milliarden herabgesetzt und die hypothekarische Belastung von 3 auf 4 Proz. erhöht worden. Die Belastung soll nicht mehr nach dem Wehrbeitrag, der die Neureichen nicht erfassen kann, sondern nach der Zwangsanleihe vorgenommen werden. Die Verzinsung wird von 6½ auf 6 Proz. reduziert. Dagegen werden die Kompetenzen der Währungsbank bedeutend erweitert. Der alte Entwurf sah nur bankmäßige Geschäfte mit dem Reiche vor. Der jetzige Entwurf gestattet aber auch Geschäfte mit der Reichsbank in der Form, daß die Währungsbank Goldwechsel diskontieren darf. Die eigentliche Kreditgewährung bleibt aber, wie auch der alte Entwurf vorsah, ausschließlich der Reichsbank überlassen, die sie nur gegen kurzfristige Warenwechsel vornehmen darf.

Die Funktionen der Währungsbank sind in dem abgeänderten Entwurf genau umschrieben. Der wirtschaftspolitische Einfluß der Reichsbank, die im Gegensatz zur Währungsbank vom Reiche beaufsichtigt wird, bleibt danach unverändert bestehen.

Der Reichstag wird die Vorlage in der nächsten Woche beraten.

Die Ermäßigungen beim Steuerabzug.

Wöchentlich automatische Festsetzungen.

Nach einer Vorlage, die das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat unterbreitet hat, werden die Veränderungen der Ermäßigungssätze für den Steuerabzug der Lohn- und Gehaltsempfänger künftig wöchentlich automatisch vorgenommen, und zwar in der Weise, daß sie im Verhältnis des Steigens der Indexzahl für die Lebenshaltung zu der gleichen Indexzahl, die in der zweiten Kalenderwoche des Monats September festgestellt ist, verändert wird. Der Reichsfinanzminister stellt die sich ergebenden Verhältnissätze fest, rundet sie ab und gibt sie öffentlich bekannt. Danach wird sich etwa folgendes Bild ergeben:

Die Indexzahl in der zweiten Kalenderwoche des Monats September betrug rund 5 Millionen. Die Verhältniszahl in der vierten Septemberwoche wird etwa 30 Millionen sein, also der sechsfache Betrag. Steigt die Verhältniszahl in der ersten Woche des Oktober auf 35 Millionen, so würden für alle Wochenzahlungen in der ersten Oktoberwoche die Ermäßigungssätze um das Siebenfache erhöht werden.

Durch diese Regelung werden die zahlreichen Veränderungen der Ermäßigungssätze auf dem Wege der Gesetzgebung vermieden. Es wird zugleich erreicht werden, daß die Verschiedenheit in der Belastung des Lohneinkommens durch den Steuerabzug in den einzelnen Wochen verschwindet. Denn da bei der Festsetzung der Löhne in der Regel von dem Lebenshaltungsindex ausgegangen wird und künftig auch für die Ermäßigungssätze des Steuerabzugs der Lebenshaltungsindex maßgebend ist, so steigen sowohl die Freigrenzen als auch die Ermäßigungssätze in demselben Verhältnis wie Löhne und Gehälter. Mit dieser Regelung, auf die die Sozialdemokratie seit jeher hingewirkt hat, verschwinden zahlreiche Ungerechtigkeiten.

Die Aufgabe des Widerstandes.

Die Reichsregierung hat die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbau der Ruhrfront getroffen. Sie plant u. a., einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen dürften im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung im Verlauf des Donnerstag zu Besprechungen über den Abbau des passiven Widerstandes zusammentreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei versammeln sich an diesem Tage in Gießen.

*

Köln, 26. September. (WTB.) Die politischen Parteien des Rheinlandes planen dem Vernehmen nach am kommenden Sonntag eine große Massenkundgebung im Gremberger Wäldchen. Die Kundgebung werde das Treugelöbnis der Rheinländer gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

Die „Deutsche Zeitung“ verboten.

Die „Deutsche Zeitung“ ist vom Reichsminister des Innern auf Grund der Verordnung vom 2. August von heute ab auf zwei Wochen verboten worden. Der Grund ist der Abdruck der Rede des Hauptmanns a. D. Heiß in der Mittwoch-Morgenausgabe.

*

Für die vom Reichsminister des Innern verbotene „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatten die Kommunisten als Ersatz eine „Rote Sachsenfahne“ herausgegeben. Das Blatt wurde beschlagnahmt; auch ist gegen die verantwortlichen Personen ein Strafverfahren wegen Umgehung des Verbots eingeleitet worden.

Ergebnislose Verhandlungen in Thüringen.

Am Mittwoch verhandelte die Sozialdemokratie in Thüringen erneut mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung. Nach einer mehrstündigen Sitzung gab die Kommunistische Partei die Erklärung ab, daß sie auf Grund der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Anerkennung des Betriebsrätekongresses und der Bildung proletarischer Hundertschaften außerstande sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie will jedoch die endgültige Entscheidung einem schleunigst einzuberufenden kommunistischen Bezirksparteitag überlassen, der einer Weiterführung von Verhandlungen jedenfalls zustimmen dürfte, wenn die Sozialdemokratische Partei bereit sei, auf folgende Fragen in einem Aufruf gegen die Faschisten klar zu antworten:

1. Ist die VSPD. bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch gemeinsame sofortige Organisation aller Verkehrskontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schützen?

2. Ist die VSPD. zu gemeinsamer Propaganda für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Redner beider Parteien für ihn sprechen, bereit?

3. Ist die VSPD. bereit, gemeinsame Konferenzen der Führer des einheitlichen proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen mit uns einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit uns eine gemeinsame Konferenz der Arbeiterparteien und Regierungen Sachsens und Thüringens zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayerischen Reaktion und der Durchführung einer gemeinsamen proletarischen Politik einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die faschistische Gefahr zu erlassen?

4. Ist die VSPD. zu gemeinsamem Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsens gegen Geßler und den Reichswehrskandal bereit? Dazu würden gehören gemeinsame Zusammenkünfte der Parteien und Regierungen, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Kampf gegen Geßler.

5. Ist die VSPD. bereit, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistenhetze aufzutreten und besonders folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen:

a) gemeinsamer Aufruf gegen die Kommunistenhetze, wie Verbot komunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung.

b) Durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

Die Verhaftungen in Berlin.

Bei der von uns gemeldeten Verhaftung von Rechtsradikalen in Berlin handelte es sich um 19 Besucher einer Selbstschutzversammlung. Die Verhafteten wurden am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie den ganzen Tag über einer eingehenden Vernehmung unterzogen worden waren. Alle Teilnehmer an dieser Versammlung stellten es aufs entschiedenste in Abrede, daß es sich dabei um eine „Verschwörersitzung“ gehandelt habe, oder daß der Zweck der Besprechung überhaupt ein politischer gewesen sei. Die Haussuchungen in den Wohnungen der Verhafteten haben kein nennenswertes Ergebnis gehabt. Wie eine Gerichtskorrespondenz meldet, wollen die Betroffenen sich wegen ihrer Festnahme mit einer Beschwerde an die zuständigen Regierungsstellen wenden.

Stillschweigen um den Londoner Kabinettsrat

London, 26. September. (WTB.) Die heutige Kabinettssitzung dauerte zweieinhalb Stunden. Eine Mitteilung über die Sitzung ist nicht veröffentlicht worden.

Der Student Gerhard Hahn, der sich, wie wir bereits meldeten, vor dem Staatsgerichtshof wegen Begünstigung eines Scheidemann-Attentäters zu verantworten hatte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Sozialistische Klassiker.

Der Verlag J. H. W. Dietz hat sich das hohe Ziel gesteckt, die deutschen Arbeiter völlig heimisch in der Gedankenwelt des von Marx und Engels begründeten modernen Sozialismus werden zu lassen. Im Jahre 1884 erschien in diesem Verlage die klassische Arbeit von Friedrich Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, die ganz rücksichtslos die veraltete, aber sehr verbreitete Auffassung über die Entstehung des Staates aus der monogamischen Familie entwurzelte. Die „Internationale Bibliothek“ des Genossen J. H. W. Dietz räumte dann durch bahnbrechende Arbeiten von Marx, Engels und Kautsky radikal mit dem eklektischen Sozialismus auf, der in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts noch die Köpfe der sozialdemokratischen Parteigenossen beherrschte.

Den Fußspuren des verdienten Genossen J. Dietz folgt nun jetzt der von ihm begründete Verlag durch die Herausgabe der „Sozialistischen Klassiker“. Dieses Sammelwerk soll den Arbeiter in den Besitz der allerwichtigsten Schriften der sozialistischen Klassiker in einer solchen Auswahl setzen, daß er sie ohne allzu große Beschwer, ohne besondere wissenschaftliche Vorbildung lesen und ein scharf umrissenes Bild der Persönlichkeit, ihrer Zeit und ihrer Lehren gewinnen kann. Neudrucke einzelner Werke und die üblichen Gesamtausgaben tun der Arbeiterklasse diesen Dienst nicht, zumal in unserer Zeit des maßlos verteuerten Druckes.

Die erste Arbeit des Sammelwerkes der „Sozialistischen Klassiker“: „Ferdinand Lassalle, Auswahl von Reden und Schriften“ entstammt der Feder des fleißschürfenden, theoretisch so selbständigen Wiener Genossen Dr. Karl Renner. Tief in die widerspruchsvolle Seele des großen Agitators hat unser Genosse geschaut, und aus diesem Schauen heraus ein sehr lebensvolles Bild des Agitators gestaltet. Was die Sozialdemokratie ihrem großen Führer Lassalle verdankt, hat Renner in die Worte gefaßt: Die Lebenskraft der Partei bestand nicht zum geringsten in dem Erbe Lassalles, das ist in der Wissenschaftlichkeit ihrer Methoden und in dem kühnen Schwung der Idee. Das ganze politische System Lassalles baut Renner an der Hand der Hauptschriften Lassalles kunstvoll auf. Eine besonders aktuelle Bedeutung haben die Rennerschen Auszüge aus der Schrift Lassalles: Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens.

August Bebel ist der Bahnbrecher der sozialdemokratischen Taktik, die durch die sieghafte Ueberwindung der durch W. Liebknecht befürworteten antiparlamentarischen Kampfesweise die sozialdemokratische Partei von Erfolg zu Erfolg geführt hat. Als „Wegbereiter der Demokratie“ zählt August Bebel tatsächlich zu den Klassikern des Sozialismus. Genosse Franz Klühs charakterisiert in seiner Schrift: „August Bebel. Der Mann und sein Werk“ treffend die parlamentarische Arbeit Bebels, die als sozialistisches Propagandamittel und als politisches Kampfmittel zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritte diente. Klühs vermittelt dem Leser eine gedrängte Geschichte der deutschen Politik von 1866 bis zum Weltkrieg. Er zeigt, wie klar und zielsicher Bebel in die Zukunft schaute und den Weltkrieg und seine furchtbaren Folgen voraussah. Bebel hat die Völkerbundidee bereits 1884 in einer Reichstagsrede ausgesprochen; Bebel hat auch den Gedanken der Zwangsversicherung entwickelt, auf dem die ganze soziale Versicherung Deutschlands ruht. Bebel brach durch die gewaltige propagandistische Kraft seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichstellung der Frau mit dem Manne Bahn. Die Klühsche Schrift beweist in jedem Kapitel den vollgültigen Anspruch, den Bebel auf den Ehrentitel eines „Klassikers“ des Sozialismus hat.

P. K.

Der Berliner Volkschor.

Der Berliner Volkschor beginnt jetzt sein zwanzigstes Jahr. Allen Hindernissen zum Trotz, die der Krieg und die Nachkriegszeit auftürmten, ist er seiner hohen Aufgabe, edelste Musik der Arbeiterschaft zu bieten, gerecht geworden.

In seinem letzten Jahresbericht weist der Chor auf die katastrophale Verschlechterung der Lebensbedingungen hin, die Veranlassung geben, den baldigen Untergang der gemischten Chöre zu prophezeien. Es ist daher Sache der gemischten Arbeiterchöre, mit allen Mitteln der Selbsthilfe gegen das drohende Geschick anzukämpfen. Der Volkschor, der durch sein Wirken zur Gründung manches gemischten Arbeitersängerchors Veranlassung gegeben hat, tritt jetzt auch tatkräftig für den Zusammenschluß aller gemischten Arbeiterchöre des Deutschen Arbeitersängerbundes ein. Sehr zu begrüßen ist es, daß diese auf Erhaltung und Festigung der Arbeitersängerbewegung gerichteten Bestrebungen vom Vorstand des Bundes verständnisvoll unterstützt werden. So geht denn auch der Volkschor mit großer Hoffnung und reichen Plänen in sein neues Kunstjahr, trotzdem er weiß, daß ein einziges schlecht besuchtes Konzert ihm sein Vermögen kosten kann. Er fordert daher mit Recht von seinen Mitgliedern (300 singenden und 300 zuhörenden) höchstes Verantwortlichkeitsgefühl.

Im vergangenen „Singejahr“ hat der Chor die Mendelssohnsche Walpurgisnacht und die Liszt'schen Prometheus-Chöre für die Volksbühne, den Arbeiter-Sängerbund und die Proletarischen Feierstunden wiederholt, ebenso das Verdische Requiem für das Bezirksamt Kreuzberg. Bei der Totenfeier des Volks-Feuerbestattungsvereins sang der A-cappella-Chor vier Chöre aus dem deutschen Requiem von Brahms. Zahlreiche andere gewünschte Mitwirkungen scheiterten am Zeit- oder Geldmangel. Dagegen konnte der allgemeine Elementarkursus der Notenlehre und Stimmbildung durchgeführt werden, und als ständige Einrichtung wird die Chorschule für Anfänger und der A-cappella-Chor für Fortgeschrittene beibehalten werden. Daneben ist ein Stimmbildungskursus mit Uebungen im Rhythmus, Treffübungen usw. geplant. Alle Konzerterfolge können doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Chor erst am Anfang seiner künstlerischen Entwicklung steht, und daß es zähester Kleinarbeit bedarf, um unter immer schwieriger sich gestaltenden äußeren Verhältnissen das nachzuholen, was auf der Schule versäumt wurde. Die Höhe des Fahrgeldes erfordert das Zusammenlegen der Chorschule und des Fortbildungskursus mit den Chorproben auf den Freitag, so daß Chorschule und Kursus von 7 bis 8 Uhr, die Chorproben von 8 bis 10 Uhr im Andreas-Realgymnasium, Koppenstr. 76, stattfinden. Auch die Vortragsabende wurden durch Vorträge über Volks-Chorgesang, über das Laut-Archiv bei der Staatsbibliothek und durch einen Lichtbildervortrag über Kunst und Kitsch fortgesetzt.

Für das kommende Jahr sind eine Reihe von Konzerten geplant. Möge der hoffnungsfroh begonnenen Arbeit nicht durch die mißlichen Zeitverhältnisse ein unerwünschtes Ziel gesetzt werden.

Billige Materialien für Künstler. Von der Notgemeinschaft der Deutschen Kunst sind durch Vermittlung des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler verschiedene Materialien beschafft worden, wie Rohleinen, Rohfarben, fertige Tubenfarben, Japanpapier, Kupferdruckpapier, handgeriebene Oelfarben und Kupferplatten. Gemäß dem von der Notgemeinschaft angestrebten Ziel der Erhaltung des künstlerischen Könnens sollen diese Materialien besonders befähigten jüngeren Künstlern zum fünften Teil des Tagespreises zur Verfügung gestellt werden. Die Auswahl erfolgt durch die Vereinigungen der Künstlerschaft, während ein von der Notgemeinschaft eingesetztes Kuratorium Ankauf und Verteilung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und Materialien überwacht. Anmeldungen auf die Materialien sind durch die künstlerischen Verbände bis zum 15. Oktober an das Kuratorium (Berlin NW. 40, Reichsministerium des Innern, Abteilung III) zu richten.

Die Festsetzung der Zahl der Ausschankstellen für geistige Getränke in einem gewissen Verhältnis zur Einwohnerzahl ist in verschiedenen Ländern mit gutem Erfolg unternommen worden, das jüngste Beispiel einer solchen Regelung bietet die Tschechoslowakei. Hier hat das Handelsministerium im vorigen Jahre dahingehende Bestimmungen getroffen. Danach soll auf je 500 Einwohner nur eine Gasthausgerechtsame entfallen, auf je 1000 eine Befugnis zum Likörausschank ebenso zum Kleinverkauf von Likör und gewöhnlichem Schnaps, erst auf je 5000 eine Branntweinschänke und eine Kaffeehaus- und Weinstubenerlaubnis — Verhältniszahlen, die gegenwärtig an allen Orten weit überschritten sind.

Staatsmänner als Filmschauspieler. Die Sowjetkommissare sind gegenwärtig beschäftigt, einen großen Film herzustellen, der eine Geschichte der russischen Revolution in Einzelbildern entrollen soll. In den Hauptrollen wirken Trotzki, Sinowjew und andere kommunistische Größen persönlich als Darsteller mit. Lenin wird in Anbetracht seines schlechten Gesundheitszustandes durch einen Berufsschauspieler ersetzt.

Seit wann gibt es ein Feuilleton? Fast alle Zeitungen der Welt besitzen heute ein Feuilleton. Zum erstenmal erschien ein solches, vom Abbé Geoffroy eingeführt, im Jahre 1800 im Journal des Débats. Dort war es die strenge Zensur unter Napoleon, die es erzwang: wenn ein politischer Artikel gestrichen wurde, mußte man schnell etwas haben, um ihn zu ersetzen, und so griff man zum Feuilleton. Erst später jedoch erhielt es seinen Platz unter dem Strich (daher die französische Bezeichnung kleines Blatt), und im Jahre 1830 fing man an, fortlaufende Romane zu veröffentlichen. Das erste Feuilleton dieser Art waren „Die Geheimnisse von Paris“, die unerhörtes Aufsehen und großes Interesse bei den Lesern der Zeitung erweckten.

Kanzlerrede im Auswärtigen Ausschuß

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern zusammen, um die Erklärungen des Reichskanzlers zur Aufgabe des passiven Widerstandes entgegenzunehmen. Neben dem Reichskanzler Dr. Stresemann waren die Reichsminister Dr. Hilferding, Sollmann, v. Raumer, Oeser und Dr. Höfle sowie die Staatssekretäre v. Maltzan, v. Rheinbaben u. a. erschienen. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Scholz (Dvp.) gewählt.

Zunächst ergriff

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort und betonte, daß er angesichts der schweren Entscheidung, die die Reichsregierung getroffen habe, ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben wünsche, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben und werde demzufolge die Verordnungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezogen.

Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stütze allmählich eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andere Führung hätte erfolgreicher gestaltet werden können, ändere nichts an dieser Tatsache. Nach den Angaben der berufensten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der

Gefahr eines Zusammenbruchs in sich selbst

auszusetzen.

Der Reichskanzler legte dann des näheren das Verhältnis der Ruhrausgaben zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Bälde den schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wandte sich dabei gegen diejenigen, die heute die schärfsten Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten und die die gleichen seien, die sich noch soeben gegen die allzugroße Belastung durch die zuletzt vom Reichstag bewilligten neuen Steuern gewandt hätten.

Die Ueberlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der passive Widerstand nachdrücklich aufrechtzuerhalten, noch auch die Gefahr des finanziellen Chaos abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommenen Währungsverfall hätte man so nicht entgegentreten können.

Nach Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinett schon vor längerer Zeit entschlossen, die

Aufgabe des passiven Widerstandes

zu erwägen. Die Versuche, die Stillegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da der französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt festgelegt hätte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten.

So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerdeutschen wie außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Diese Sachlage sei geschaffen worden durch die Entwicklung der machtpolitischen Verhältnisse, die stärker gewesen seien als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich demgegenüber hätte aufzubringen vermocht.

Was die Vorbereitungen beträfe, um das Ruhr- und Rheingebiet nunmehr in einen einigermaßen normalen Zustand zu überführen, so könnten

hierfür nur Eventualrichtlinien

festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein abhänge, wie sich diese Dinge nunmehr vollziehen sollen.

Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in der Aufgabe des passiven Widerstandes in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich von einer Fortsetzung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgendetwas verspräche.

Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinstandsetzung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei Vertretern jener Gebiete die schärfste Beurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinland sehen. Der Aufruf, den die deutsche Regierung gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten erlassen habe, bringe zum Ausdruck, um was bei den Verhandlungen, vor denen man jetzt stehe, zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschheitsfragen, die Fragen der Gefangenenfreilassung und der Zurückführung der Vertriebenen, sowie die großpolitischen Fragen über die Zukunft des deutschen Rheines und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen, die in dem Aufruf abgegeben seien, würden die festen Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion billigten die Abgg. Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Spahn (Z.) und Dr. Scholz (D. Vp.) die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, wie dies in der veröffentlichten Regierungserklärung bereits dargelegt ist, und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dnat.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde.

Abg. **Koenen** (Komm.) mißbilligte die Form des Abbruchs des passiven Widerstandes. Für die Liquidierung der Ruhrkrise sei eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Sachwerteerfassung Voraussetzung gewesen. Zum Schluß sprach noch

Abg. **Müller-Franken** (Soz.), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufs der Reichsregierung billigte.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

* * *

Gestern ist hier der Sieg des französischen Militarismus über den gewaltlosen, nur von moralischen Kräften getragenen Widerstand der Ruhr- und Rheinbevölkerung festgestellt worden. Ueber diese Feststellung triumphiert die gesamte Presse der Rechten. Dies sei ein „Eingeständnis" des „Vorwärts", schreibt die „Deutsche Tageszeitung", es werde damit zugegeben, daß die Haltung der Sozialdemokratie auf einer Illusion beruht habe. Höhnisch meint die „Kreuzzeitung": eine Illusion nach der anderen gehe flöten; auch der Generalstreik als Waffe der Arbeiterklasse habe „sich untauglich erwiesen im Kampf um die Freiheit und Selbständigkeit eines Volkes gegen einen feindlichen Nachbar".

Die Welt steht Kopf. Franzosen und Deutschnationale schießen gleichzeitig Viktoria über den Mißerfolg einer sozialdemokratischen Kampfmethode. Die Franzosen jubilieren über den Sieg, den sie praktisch errungen haben, den „nationalen" Deutschen dagegen genügt schon ein vermeintlicher Sieg in der Theorie. Oder, noch genauer ausgedrückt, die Deutschnationalen feiern den praktischen Sieg des französischen Militarismus als den Sieg ihrer eigenen theoretischen Auffassung.

Die Welt steht wahrhaftig Kopf. Der gefeierte passive Widerstand verwandelt sich in der „Kreuzzeitung" plötzlich zu einem polizeiverdächtigen „Generalstreik". Man hat von vornherein gewußt, daß das zu nichts führen würde. „Der Vorwärts," schreibt die „Deutsche Tageszeitung", gibt damit klipp und klar zu, daß die Haltung, die wir gegenüber dem passiven Widerstand von Anfang an eingenommen haben, die richtige und daß demgemäß die Haltung der Sozialdemokratie eine jetzt einwandfrei erwiesene Illusion war." Der französische Militarismus hat gesiegt, und die Deutschnationalen haben recht behalten.

Aber war es nicht gerade die deutschnationale Presse, die täglich schilderte, wie unter dem Einfluß des passiven Widerstandes, des „Generalstreiks", den Franzosen Kohle, Koks, Geld und Lebenslicht ausgingen? Hat nicht gerade sie über die Wirkungsmöglichkeiten des passiven Widerstandes Illusionen geweckt, vor denen wir warnten? War es nicht der „Vorwärts", der immer wieder schrieb, der passive Widerstand allein werde die Franzosen nicht aus dem Ruhrgebiet herausbringen; dieses Ziel sei nur durch diplomatische Aktivität zu erreichen, die mit dem Widerstand zu verbinden sei? Und sind es nicht gerade die Deutschnationalen, die jetzt noch, wo sonst alle Welt die Notwendigkeit einer veränderten Taktik erkennt, an dem passiven Widerstand, an dem „Generalstreik", also an der sogenannten „sozialdemokratischen Illusion" hartnäckig festhalten?

Ueber den passiven Widerstand gab es bis gestern zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten also nur die eine Meinungsverschiedenheit, daß die einen ihn überschätzten, die anderen vor Ueberschätzung warnten. Aber freilich, was die Aktivität betrifft, die darüber hinaus zu entwickeln war, gab und gibt es Meinungsverschiedenheiten: die Sozialdemokraten waren und sind für diplomatische Aktivität, die Deutschnationalen für militärische. Und auch jetzt noch sehen die Deutschnationalen den einzigen Ausweg nicht in diplomatischen Verhandlungen, sondern im Bruch mit Frankreich und der Aufkündigung des Friedensvertrags.

Als Franz I. von Frankreich mit Karl V. um die Lombardei kämpfte, sagte er: „Was mein Bruder Karl will, das will ich auch." Er meinte damit Mailand. Heute kann Poincaré sagen: „Was mein Bruder im Geiste, Helfferich, will, das will ich auch." Nämlich die Zerreißung des Friedensvertrags von Versailles.

Glauben die Deutschnationalen, nach einer Aufkündigung des Friedensvertrags von Versailles und der darauffolgenden gewaltsamen Auseinandersetzung einen besseren Frieden bekommen zu können? Sie müssen es doch wohl glauben, sonst wären es ja die schlimmsten Verbrecher, die das deutsche Volk sehenden Auges in die völlige Vernichtung hineintrieben. Aber, worauf stützt sich dieser Glaube? Er kann sich nur stützen auf die Annahme, daß sich Deutschland bei einer neuen Auseinandersetzung mit Frankreich, sei es aus eigener Kraft, sei es durch Hilfe von außen, als der stärkere Teil erweisen könnte. Bis zum Beweis des Gegenteils wird man behaupten dürfen, daß sich diese Annahme auf keinerlei Tatsachen stützt und daß sie von einer Leichtfertigkeit zeugt, die schlechthin gar nicht mehr überboten werden kann.

Das sind die Leute, die der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie durch Proklamierung und Unterstützung des gewaltlosen Widerstandes einer Illusion nachgehangen hätten!

Mögen die Deutschnationalen heute darüber triumphieren, daß die französischen Bajonette über die moralischen Kräfte eines heroischen Abwehrkampfes die Oberhand gewonnen haben. Wir haben keine Lust, es ihnen nachzumachen, denn wir glauben, die Miene des Triumphators steht in diesem Augenblick jeder Partei in Deutschland sehr übel an. Wir haben gestern offen ausgesprochen, daß wir die Niederlage, die das deutsche Volk erlitten hat, auch, ja ganz besonders als unsere Niederlage empfinden. Es heißt wahrhaftig den Gipfel der „nationalen Gesinnung" erklimmen, wenn man daraus für sich selber einen parteipolitischen Braten und für die Sozialdemokratie ein Geständnis macht!

Die „Kreuzzeitung" geht aber in ihrer Infamie noch weiter, indem sie alle diejenigen, die in kritischen Zeitläuften nicht nach deutschnationalen Wahnsinnsrezepten handeln wollen, als die bloßen Hampelmänner der Sozialdemokratie hinzustellen versucht. Sie schreibt:

Heute tut die Sozialdemokratie so, als ob die Verantwortung für den Niedergang des deutschen Volkes nicht auf ihre Rechnung zu setzen sei. Sie hat es gut verstanden, während der verflossenen „Friedens"jahre im entscheidenden Augenblick immer eine Kulisse aufzubauen und Akteure auf die Bühne zu schicken, hinter der sie selbst verschwand. So vermied sie es, sich öffentlich bloßzustellen, und konnte jedesmal den Schein erwecken, als ob sie zwar daran beteiligt, aber nicht voll verantwortlich für die politischen Ereignisse sei.

Der Reichskanzler hat mit seiner gestrigen Rede im Auswärtigen Ausschuß diese entwürdigende Unterstellung zurückgewiesen; er hat die Mär, als ob die bürgerlichen Mittelparteien gewissermaßen nur als die Verführten der Sozialdemokratie handelten, zerstört. Wahr ist nur das eine, daß die Sozialdemokratie durch ihren Entschluß, in die Regierung einzutreten, das Schicksal des deutschen Volkes den Händen der rechtsradikalen Bankerotteure entrissen hat. Das mag sie schmerzen, wenn nur dem Volk dadurch noch Schlimmeres **erspart bleibt.**

Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden die volle Billigung auch der sozialdemokratischen Redner. Sie zeigen, daß Deutschland seine Taktik geändert hat, daß es aber sich nicht selber aufgibt. Es verzichtet auf ein Kampfmittel, nicht auf sein Ziel. Die nächsten Wochen werden große Entscheidungen bringen.

Sicher ist nur das eine: der Sieg Poincarés wird erst in dem Augenblick vollkommen sein, in dem die Einheit Deutschlands auseinanderbricht. In bayerischen und Berliner Verschwörerstuben, in deutschnationalen und völkischen Parteibureaus blüht jetzt die höchste Hoffnung des französischen Imperialismus.

Das Programm des Reichstages.

Im Reichstage wird die große politische Aussprache, wie der Aeltestenrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler selbst in dieser Sitzung sprechen wird. Die für heute angesetzte Plenarsitzung wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten werden. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der Abänderung des Bankgesetzes und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgesetz beschäftigen.

Am Sonnabend und Montag finden mit Rücksicht auf die rheinischen Abgeordneten, die das Bedürfnis haben, sich mit ihren Wählern in Verbindung zu setzen, keine Sitzungen statt.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

Durchschnitt	Mai	3 816
„	Juni	7 650
„	Juli	37 651
„	August	586 045
6. August		149 531
13. „		436 935
20. „		753 733
27. „		1 183 434
3. September		1 845 261
10. „		5 051 040
17. „		11 244 900
24. „		**28 000 000**

Steigerung gegen die Vorwoche 97 Proz.

Das Tempo der Teuerung hat somit etwas nachgelassen, nachdem es gelungen ist, der stürmischen Aufwärtsbewegung der Devisenkurse Einhalt zu gebieten. Hatte sich in der Zeit vom 3. bis 10. September der Index nahezu verdreifacht, in der Zeit vom 10. bis 17. mehr als verdoppelt, so ist er in der letzten Woche „nur" knapp auf das Doppelte gestiegen. Die Kaufkraft der Lohnmark ist also halbiert.

Damit ist aber die Teuerungswelle noch nicht zu Ende. Die Preise zeigen vielmehr die Tendenz, über die Weltmarktpreise hinauszuschießen, wo das nicht schon bisher geschehen ist. Zu erinnern ist an die neue Kohlenpreiserhöhung, an die fortgesetzte Preissteigerung für Brot usw. Demgegenüber fällt die zeitweilige Ermäßigung der Preise einiger reiner Valutawaren, wie Fette, nicht genug ins Gewicht, um die Gesamtkosten der Lebenshaltung zu senken, ja selbst ihren Aufstieg nur anzuhalten.

Die Preisbewegung im Großhandel.

Der gegen Ende der Berichtswoche eingetretenen Senkung des Dollarkurses sind die Preise der Einfuhr- sowie der börsenmäßig gehandelten Waren im allgemeinen gefolgt, während die Preise namentlich der tierischen Lebensmittel inländischen Ursprungs sowie die Kohlenpreise ihre Aufwärtsbewegung noch fortsetzen.

Im Gesamtdurchschnitt ergibt die auf den Stichtag des 25. September berechnete amtliche Großhandelsindexziffer das 36,2millionenfache der Vorkriegspreise und verharrt somit etwa auf dem Stande vom 18. September (36,0millionenfach). Da der Dollarkurs in der gleichen Zeit von 150 Millionen Mark auf 121 Millionen Mark oder um 19,3 vom Hundert zurückging, hob sich das Goldniveau der Großhandelsindexziffer von 100,8 Gold auf 125,7 Gold.

Im einzelnen hat sich das Preisniveau der Einfuhrwaren von dem 49,5millionenfachen auf das 44,2millionenfache oder um 10,8 Proz., und dasjenige der Industriestoffe von dem 59,3millionenfachen auf das 55,3millionenfache des Friedensstandes oder um 6,7 Proz. gesenkt, während die Lebensmittel (im Großhandel) von dem 23,6millionenfachen auf das 26millionenfache oder um 10,4 Proz. sowie die Inlandwaren von dem 33,3millionenfachen auf das 34,6millionenfache oder um 4 Proz. anzogen.

Der Beschäftigungsmangel der Industrie hat in der dritten Septemberwoche angehalten, sich sogar noch verschärft. Das geht aus dem Bericht des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes über den Arbeitsmarkt hervor, dem wir entnehmen:

Auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt ist die Lage unverändert schlecht geblieben. Von Torfwerken wurden weitere Entlassungen vorgenommen. Die Ziegelindustrie nahm weitere Betriebsstillegungen und -einschränkungen vor. In der Zementindustrie waren ebenfalls Verkürzungen der Arbeitszeit und Entlassungen zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad in der metallverarbeitenden Industrie blieb im ganzen genommen weiter ungünstig. Die Kurzarbeit hält in den meisten Betrieben aller Fabrikationszweige an, auch wurde mehrfach wieder zu Entlassungen geschritten. Der schlechte Geschäftsgang in der Textilindustrie hat keine wesentliche Aenderung erfahren. Die verkürzte Arbeitszeit ist nach wie vor unverändert vorherrschend. Entlassungen fanden nur in geringem Umfange statt. Die Papierindustrie ist im allgemeinen schlecht beschäftigt. Abgesehen von einzelnen örtlichen Besserungserscheinungen hielt der Rückgang des Beschäftigungsgrades im Holzgewerbe an, der erneut mehrfach Einschränkungen der Betriebe verbunden mit Entlassungen zur Folge hatte. Im Bekleidungsgewerbe sind die Beschäftigungsmöglichkeiten für Handwerk und Industrie nach wie vor ungünstig. Auch die Lage im Tabakgewerbe ist unverändert ungünstig. Die Bautätigkeit ging vielerorts weiter zurück, da mehrfach wegen Mangel an Kapital die Bauten nicht weitergeführt werden konnten, wodurch eine Anzahl Bauhandwerker erwerbslos wurde. Im Vervielfältigungsgewerbe macht sich eine weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit, besonders unter den Buchdruckern und Schriftsetzern, bemerkbar.

Naturalverpacht bei staatseigenen Fischereien. Die schnell fortschreitende Entwertung der Mark hat eine Aenderung im bisherigen Pachtverfahren bei staatseigenen Fischereien notwendig gemacht. Während bisher der gleitende Pachtzins von Pachtjahr zu Pachtjahr nach den Durchschnittsmarktpreisen der Hauptfischart errechnet wurde, hat der Preußische Landwirtschaftsminister nunmehr ein Verfahren eingeführt, das nicht allein dem staatlichen Interesse, sondern auch dem der Fischereipächter dient, da diese leichter und sicherer übersehen können, welche Leistungen sie übernehmen und wie weit sie in ihren Geboten gehen können. Für sämtliche zur Neuverpachtung kommenden domänen- und forststaatlichen Fischereien sind keine Pachtzinsgebote in Geld, sondern nur noch solche in Naturalmengen an Fischen anzunehmen. Dabei ist grundsätzlich nur eine einzige Fischart, und zwar möglichst die Hauptfischart, zu wählen. Der Geldwert der gebotenen Fischmenge ist im voraus von Vierteljahr zu Vierteljahr nach den Durchschnittsmarktpreisen festzusetzen, die in dem voraufgegangenen Kalendervierteljahr vom Großhandel in der Berliner Zentralmarkthalle erzielt worden sind.

Devisenkurse. Die amtliche Notiz der Hauptdevisen war, wie in dem größten Teil der Auflage des gestrigen Abendblattes bereits mitgeteilt: Dollar 126, Pfund 575 und holländischer Gulden 49,6 Millionen Mark (Mittelkurse). Im übrigen ist der Kurstafel nachzutragen: 1 finnische Mark 3 391 500 Geld, 3 408 500 Brief, 100 österreichische Kronen (abgest.) 177 555 Geld, 178 445 Brief, 1 tschechische Krone 3 750 600 Geld, 3 769 400 Brief, 1 ungarische Krone 6 683 Geld, 6717 Brief, 1 bulgarische Lewa 1 206 975 Geld, 1 213 025 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 1 476 300 Geld, 1 483 700 Brief.

Letzte Nachrichten.

Unwetterkatastrophe in Japan.

Tokio, 26. September. (WTB.) Das Gebiet von Tokio und Yokohama wurde Dienstag Nacht von einem Unwetter heimgesucht. Die tiefer liegenden Stadtteile sind überschwemmt worden, wobei die in Baracken untergebrachten Flüchtlinge ernstlichen Schaden erlitten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Antwort der Spitzenorganisationen.

Die Kommunistische Partei hat an die Spitzenorganisationen der Freien Gewerkschaften in der Form eines befristeten Ultimatums die Aufforderung gerichtet, mit ihr zusammen eine proletarische Rettungsaktion zu organisieren, um dem drohenden Angriff der faschistischen Formationen gegen das deutsche Proletariat entgegenzutreten.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben sich in einer gemeinsamen Besprechung u. a. auch mit der Aufforderung der Kommunistischen Partei befaßt. Sie haben festgestellt, daß das Schreiben der Kommunistischen Partei bereits in der Presse veröffentlicht worden ist, ehe es den Spitzenorganisationen zugestellt wurde. Schon aus dieser Form ihres Vorgehens geht hervor, daß die Kommunistische Partei garnicht daran denkt, mit dem Ernst und der Aufrichtigkeit, die der drohenden Gefahr entspricht, eine geschlossene Abwehrfront des deutschen Proletariats gegen die Faschisten herzustellen.

In demselben Schreiben, in dem sie die Spitzenorganisationen zu gemeinsamer Aktion aufruft, wiederholt sie die nichtswürdigen Angriffe, mit denen sie in den letzten Jahren und nie mehr als in den letzten Wochen die Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern zu verdächtigen gesucht hat. Auch diese Tatsache beweist, daß die Kommunistische Partei

kein ehrliches Bündnis mit den Gewerkschaften will,

sondern in dem Augenblick, wo die Existenz der deutschen Republik auf dem Spiele steht und die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft von entscheidungsschweren Kämpfen bedroht ist, nichts Besseres zu tun weiß, als diejenigen zu verleumden, mit denen sie vorgibt, sich verbünden zu wollen.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind fest entschlossen, den gegenrevolutionären, reichs- und arbeiterfeindlichen Organisationen der Faschisten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten, wenn sie es wagen sollten, den bewaffneten Kampf gegen die deutsche Republik und das deutsche Proletariat zu eröffnen.

In scharfem Gegensatz zu dem zweideutigen Spiel der Kommunistischen Partei waren sich die Gewerkschaften stets bewußt, daß diese nationalistischen Organisationen kein anderes Ziel verfolgen, als unter den Trümmern der deutschen Republik die Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie zu begraben, die die deutschen Arbeitnehmer durch die Revolution und in den Jahren danach in unermüdlichen Kämpfen geschaffen haben. Sie wissen, daß der Kampf gegen die Republik nur die erste Phase des Kampfes ist. Das eigentliche Ziel ist

die Beseitigung der Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeitnehmer und die Errichtung einer kapitalistisch-militaristischen Diktatur,

unter der die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller erworbenen Rechte beraubt und zu vollkommener Ohnmacht verurteilt sein würden.

Die Kommunisten haben diesen Reichs- und Arbeiterfeinden den Weg geebnet, indem sie bis in die allerletzten Tage hinein die Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung durch ihre maßlose Agitation gegen die Gewerkschaften zu zerstören versuchten. Darüber hinaus haben sie in den letzten Monaten versucht,

mit einer Gruppe der deutschen Faschisten Bündnisverhandlungen

anzuknüpfen, in dem lächerlichen Glauben, die Einheit der Feinde der deutschen Arbeitnehmer ebenso sprengen zu können, wie sie die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zerrissen haben. Und jetzt, in dem Augenblick, wo die Aufhebung des passiven Widerstandes den Faschisten erwünschten Anlaß bietet, ihre Anhänger zum Generalsturm gegen die Republik aufzurufen, leistet die Kommunistische Partei diesem Treiben Vorschub und versucht, die Arbeitnehmer in diesen Taumel nationalistischer Verhetzung hineinzureißen.

Angesichts dieser Gefahr, die die Republik und die Arbeitnehmerschaft in gleicher Weise bedroht, wäre es ein Wahnwitz, der Kommunistischen Partei zuliebe zur Unzeit einen politischen Generalstreik zu entfesseln. Das dann entstehende Chaos böte den Faschisten willkommene Gelegenheit, ihren Aufmarsch gegen die Republik durchzuführen. Die Gefahr, die es zu beschwören gilt, würde erst recht provoziert. Es gilt in diesem Kampf, die in den Gewerkschaften verkörperte Macht des deutschen Proletariats geschlossen dort einzusetzen,

wo der Gegner den Angriff wagt.

In diesem Kampfe sind die Gewerkschaften die Verbündeten der deutschen Republik und müssen es sein. Wie sie im letzten Jahr für die Autorität des Staates als Vertreter der Gesamtheit gegen den Eigennutz der Wirtschaft gekämpft haben, so müssen sie jetzt für den Staat gegen die Reichs- und Arbeiterfeinde kämpfen. Wenn die Republik zusammenstürzt, ist das Schicksal der Arbeitnehmerschaft besiegelt.

Darum erwarten die Spitzenorganisationen von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, daß sie sich nicht von der trügerischen Parole der Kommunistischen Partei zu unbesonnenen Aktionen hinreißen und sich nicht als Schrittmacher der Gegenrevolution mißbrauchen lassen.

Die Not der unteren Beamten.

Hierzu wird uns u. a. geschrieben:

Die tagtäglich fortschreitende Teuerung brachte es mit sich, daß ein zu Anfang Juli mit 29,9 Tausend Mark festgesetztes Beamteneinkommen (Anfangsgehalt der Gruppe III ohne örtlichen Sonderzuschlag) am 12. Juli nur noch einen Verbrauchswert von 14,5 Tausend Mark hatte. Die im Laufe des Monats gewährten Nachzahlungen konnten nicht verhindern, daß das gesamte Beamteneinkommen am 31. Juli in seiner Kaufkraft auf 10,6 Tausend Mark gesunken war.

Bei dieser Entwertung konnte die Vorauszahlung für August in den entwerteten Beträgen den unteren Beamten keine Lebensmöglichkeit bieten. So ist es jeden Monat. Die ausgezahlten Beträge sind so gering, daß sie unter Wirkung der weiter fortschreitenden Teuerung aufgezehrt sind, bevor im nächsten Monat die Anpassung erfolgt. Dies wurde besonders stark fühlbar, weil es in den Monaten Juli und August wegen der herrschenden Warenknappheit nicht möglich war, zu Beginn des Monats auch nur Kartoffeln, Mehl und sonstige unentbehrliche Lebensmittel für einige Tage zu kaufen. Mit dem nahezu wertlos gewordenen Geld, das für die kommenden Tage vorausbezahlt war, konnte man für den Augenblick nicht einmal das Notwendigste beschaffen.

Die für das dritte Monatsviertel im September eingetretene wöchentliche Anpassung der Gehälter an die Teuerung war für die Beamtengruppen eine unentbehrliche Notwendigkeit. Obwohl die Vertreter des Reichsfinanzministeriums der Verhandlungskommission der Gewerkschaften versicherten, es sei nicht beabsichtigt, die wöchentliche Gehaltszahlung für die Beamten einzuführen, wurde an dieser Verbesserung des Beamteneinkommens von bestimmten Beamtenorganisationen aus unsachlichen Motiven heraus Kritik geübt. Sowohl durch die BS.-Korrespondenz wie durch die „Frankfurter Zeitung" wurden von den in der Beamtenbewegung tätigen Kreisen Darstellungen verbreitet, die offenbar von der Absicht geleitet waren, Unruhe in die Reihen der Beamten zu tragen. Es wurde ein Feuerchen geschürt, um sich als Retter in der Not aufspielen zu können.

Tatsache ist allerdings, daß die Regierungsvertreter das Abkommen über die Wertbeständigerhaltung der Löhne und Gehälter in einer Weise auslegen, daß das angestrebte Ziel nicht erreicht werden kann. Das Abkommen besagt in Ziffer 1, die Löhne der Arbeiter sollen wöchentlich dem veränderten Geldwert angepaßt werden. Für die Beamten erfolgt diese Anpassung nicht. Die Meßzahl für die Berechnung der Beamtengehälter von 3,87 am 9. September ist am 17. September auf 2000 festgesetzt worden; eine Steigerung von 592 v. H. des Reichsindex weist für die gleiche Zeit eine Zunahme um 715 v. H. auf. Demnach ist die Meßzahl zur Festsetzung der Beamtengehälter um 17,2 v. H. hinter der Teuerung zurückgeblieben. Es ist dringend notwendig hier einen Ausgleich zu schaffen, wird jedoch von den Regierungsvertretern bekämpft. Der Ausgleichszuschlag zu den feststehenden Grundbezügen müßte mindestens dem Betrage entsprechen, um den die Gruppe III in ihrem Anfangseinkommen zurückgeblieben ist; das sind rund 82 000 M., die mit der jeweiligen Meßzahl zu multiplizieren wären. Bei jeder Neufestsetzung der Gehälter wäre zu prüfen, ob die volle Anpassung der Gehälter für die unteren Gruppen erreicht wird, oder ob der Ausgleichszuschlag erhöht werden muß.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierungsvertreter dies einsehen. Die Gewerkschaften haben sich bisher immer dafür eingesetzt, daß die Zugeständnisse der Regierung, selbst wenn sie von ihnen als ungenügend bezeichnet werden mußten, von den Gewerkschaftsmitgliedern anerkannt wurden. Dadurch ist ein Zustand entstanden, der nicht länger tragbar ist. Die Regierungsvertreter müssen erkennen, daß die, die nichts haben, nichts entbehren können. Ihnen das Allernotwendigste vorzuenthalten, heißt, sie zur Verzweiflung treiben. Die Regierung wird eingehend prüfen müssen, ob diese Verzweiflung dem deutschen Volke nicht weit größeren Schaden bringt, als die Anpassung, wenigstens der unteren Beamtengehälter an die rasende Teuerung.

Achtung, Genossinnen!

Freitag, den 28. d. M., nachmittags 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Treppen:

Funktionärinnenkonferenz

Tagesordnung: Finanzwirtschaft und Valutaelend.

Referentin: Genossin Dr. Hilde Oppenheimer.

Jeder Kreis muß vertreten sein! — Rote Funktionärkarte und Mitgliedsbuch legitimieren. — Türkontrolle 7. und 8. Kreis.

Lohnabschluß in der chemischen Industrie.

Die in der vergangenen Woche erfolglos abgebrochenen Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie Groß-Berlins nahmen am Montag ihren Fortgang. Die Verhandlungskommission stimmte folgender Vereinbarung endgültig zu:

Der Spitzenlohn des chemischen Arbeiters in der Fachgruppe II beträgt für die Zeit vom 19. bis 25. September 15 600 000 M. Die übrigen Spitzenlöhne werden im bisherigen Verhältnis errechnet. Die Zulage der Jugendlichen beträgt 195 Proz., die Familienzulage 10 Millionen pro Kopf und Woche und die Zulage nach § 7 des Reichstarifs bis 100 000 M. pro Stunde. Tarifverträge gegen Erstattung der Selbstkosten und Vorlegung der Legitimation ab heute im Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter.

Die Verhandlungen in der Berliner Holzindustrie für die jetzt laufende Lohnwoche haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber machten das Angebot, die Löhne des 22. Lohnabkommens um 120 Prozent zu erhöhen, was einen Durchschnittslohn von 12 509 380 M. ergeben würde. Das mußte selbstverständlich abgelehnt werden. Die Verhandlungen werden noch in dieser Woche, wahrscheinlich vor dem Arbeitsminister, weiter gehen. Die Verwaltung wird sofort, sobald das Material vorliegt, zur Beschlußfassung zusammenberufen werden.

Chirurgie-Mechanik. Die Löhne für die in der Chirurgie-Mechanik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhöhen sich für die Zeit vom 17. bis 23. September um 220 Proz. Die Lohnverrechnung und Auszahlung, auch für Kurzarbeiter, erfolgt bis spätestens Sonnabend. Nähere Mitteilungen in der am Donnerstag stattfindenden Funktionärversammlung (siehe Inserat).

Lohnregelung für die Metallgießereien. Da der VBMI. den Schiedsspruch für die Metallgießereien abgelehnt hat, kann eine endgültige Lohnregulierung nicht erfolgen. Die Arbeitgeber haben ihre Mitglieder angewiesen, vorläufig folgende Löhne zur Auszahlung zu bringen: Klasse I 18 400 000 M., Klasse II 12 945 000 M., Klasse III 12 040 000 M. Die Akkordpreise sollen um 162 Proz. erhöht werden. Sowie die endgültige Regelung mit dem VBMI. erfolgt ist, werden auch die Löhne für die Metallgießereien endgültig geregelt.

Angestellte in der Kartonnagenbranche. Mit dem Arbeitgeberverband der Kartonfabrikanten wurde für den Monat September 1923 das 17fache Augustgehalt vereinbart, auszahlbar am Freitag, den 28. September.

Die Angestellten im Berliner Buchdruckgewerbe erhalten nach den mit dem Zentralverband der Angestellten getroffenen Vereinbarungen am 27. September 5 Augustgehälter und am 30. September 6 Augustgehälter à Conto ausgezahlt, so daß im ganzen 17¼ Augustgehälter zu zahlen sind. Die endgültigen Septemberverhandlungen finden noch statt.

Streik und Aussperrung in Kiel. Da die Arbeiterschaft der Howaldt-Werke in Kiel wegen Entlassung eines Arbeiters die Arbeit niedergelegt hatte, sperrten die Howaldt-Werke gestern 2700 Mann aus, die fast die ganze Belegschaft bilden.

Der Lohn der Hamburger Hafenarbeiter für die Lohnwoche von Mittwoch, den 26. September bis Dienstag, den 2. Oktober, ist nunmehr geregelt. Für die ersten drei Tage werden 274 430 000 M. und für die letzten drei Tage 406 111 000 M. für die Schicht bezahlt, was einem Wochenlohn von 2 038 000 000 M. entspricht.

Achtung, VSPD.-Delegierte zur FBRZ. Heute nachmittag 5 Uhr wichtige Vorbesprechung aller VSPD.-Delegierten zur Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engelufer Nr. 24—25. Parteiausweis mitbringen! **Der Fraktionsvorstand.**

Vertreter zum AfA-Ortskartell Berlin. Heute abend 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung der Betriebsräte. Die Mitglieder der AfA-Vertreterversammlung müssen dort sein. Delegiertenkarte und Verbandsbuch mitbringen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe Einzelhandel. Funktionärversammlung am Freitag abend 7½ Uhr in der Neuen Philharmonie, Ruhmessaal, Köpenicker Straße 96—97. Unbedingtes Erscheinen erforderlich!

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband. Achtung, Lederwarenbranche! Freitag 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Vertrauensmännerversammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Vertrauensmännerkarte mitbringen. Ehrhoff. — **Achtung, Tapezierer!** Freitag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Vertrauensmännerversammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen. Ausgabe der Tarife. Müller.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Der volle Verbandsbeitrag beträgt für die Woche vom 22. bis 28. September 19 Millionen Mark — nicht 18 Millionen —, wie gestern [illegible] irrtümlich angegeben.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis

Theater im Admiralspalast Tägl. 7½ Uhr Drunter und drüber

Deutsch Opernhaus 7½ U. Die Bohème Aktionärkart. gültig

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½ Uhr Premiere Schneeflöckchen

Intimes Theater 8 Uhr: Abendbesuch Die k. u. k. Rose

Metropol-Theater 7½ Uhr: Casinogirls

Neues Theat. a. Zoo 7½ U.: Von 5—7

Thalia-Theater 7½ Uhr: Mimikry

Theater i. d. Kommandantenstr. Allabendlich 7½ U.: Charlie

Wallner-Theater 8 Uhr: Causa Kaiser

Lustspielhaus Direktion: Heinz Saltenburg. Gastsp. „Die Truppe": Kaufm. v. Venedig

Walhalla Theater Weinbergsweg 19/20 Tägl. 8 Uhr: Die spanisch. Fliege

Theater i. d. Königgrätz. Straße 8: Der Clown Gottes

Komödienhaus 8 Uhr: Mein Vetter Eduard

Lessing-Theater Heute bis Sonnt. 7½: Der Unbestechliche (Max Pallenberg)

Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7½: Der Fürst v. Pappenheim (Max Adalbert)

Casino-Theater 8 U. Die neuen Reichen 8 U.

SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté

Wintergarten Varieté-Programm Rauchen gestattet!

Rose-Theater 7½ Uhr: Ein Mann aus d. Volke

Reichshallen-Th. Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U.: Stettiner Sänger

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr: ELITE-Sänger u. a. Das süße Mädel

Deutsche Automobil-Ausstellung Berlin 1923
Ausstellungshalle „Kaiserdamm" Werkzeugmaschinenhalle Charlottenburg Sportpalast Berlin
27. September bis 7. Oktober
10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends

Etablissement Café Zielka
Friedrichstr. 60, Ecke Leipziger Str.
4¼ Uhr Täglich 4¼ Uhr
wieder die beliebten Nachmittags-Varieté- u. Kabarett-Vorstellungen
Auftreten von: Maria Zelenka u. Alfred Läutner a. G., Leni Bowitz, Ines Mesina, Lena Düvecke, Jam. Basch, Drehers Alpenspiele, 2 Hugos, Ballett Oberer (4 Damen), dirig. v. Ryan Walton, J. Birnbaum mit großem Orchester
Eintritt frei bis auf reservierte Plätze
7½ Uhr abends: Das große Programm!

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, d. 27. Septbr. nachm. 1½ Uhr.

Union-Klub, Berlin.
Annahme für Vorwetten in der Zentrale, Schadowstr. 8 und in sämtlichen Filialen. Telegraphische und briefliche Aufträge sowie Anträge auf Einrichtung von Konten werden nur in der Wettannahme Schadowstr. 8 angenommen.
Wettbedingungen sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

Hermann Engel
Landsberger Straße 85-86-87

Außergewöhnliches!

Teppiche, Gardinen, Stores, Bettvorleger, Läuferstoffe, Möbelstoffe, Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche

Braunmelierte Uebergangsulster		169 000 000
Feinste plüschartige Wintermäntel		715 000 000
Elegante dunkelblaue Cheviotkostüme, ganz gefüttert		819 000 000
Feinste Gabardinekleider in marine, braun und lila		689 000 000
Gestreifte praktische Faltenkleiderröcke		143 000 000
Gestreifte Knabenanzüge in vielen Farben für 3—4 Jahre		97 500 000
Blusen aus Crêpe de Chine und Crêpe marocaine farbig, gemustert, in eleganter Ausführung		416 000 000
Entzückende, reinwollene Blusen	455 000 000	325 000 000
Jumper aus Kunstseide in geschmackvollen Formen	240 000 000	123 500 000
Wollene Damenstrickjacken	533 000 000	468 000 000

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Der Beitrag beträgt für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober für Vollmitglieder 24 000 000 M., für Mitglieder, die nicht der Invalidenkasse angehören, 22 000 000 M., für Gewerkschaftsmitglieder 18 000 000 M., Invalidenkassenmitglieder (§ 6 a der Satzungen) 6 000 000 M.; für die Lehrlingsabteilung 500 000 M. — Vollarbeiter zahlen außerdem einen Extrabeitrag von 3 000 000 M.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker!
Heute, Donnerstag, 27. September, nachm. 4½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31
Branchenversammlung

Achtung! Chirurgiemechanik Achtung!
Heute, Donnerstag, 27. September, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstraße 5
Versammlung aller Vertrauensleute und Betriebsräte.
Die Ortsverwaltung.

Die Sozialistische Genossenschaft
Zeitschrift für Theorie und Praxis der gesamten Genossenschaftsbewegung. Gute Berichterstattung. Erscheint im III. Jahrgang. Einzelnummer: 0,50; vierteljährlich 1,— × Buchhändlerschlüsselzahl. Einsendung auf Postscheck Erfurt 25656. Verlag: Sozialistische Genossenschaft, Greiz i. V.

Die Oktobermiete.

Der Magistrat befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den neuen Anträgen des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer-Vereine, nachdem der Ausschuß für das Wohnungswesen hierzu bereits Stellung genommen hatte. Mit Rücksicht darauf, daß die Preuß. Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vorschreibt, daß in Fällen der gesetzlichen Miete sowohl der Vermieter wie auch der Mieter verlangen können, daß die Miete in monatlichen Abschnitten gezahlt wird, wurde von der Beibehaltung der Vierteljahresabrechnung Abstand genommen. Der Vermieter ist ab 1. Oktober d. J. berechtigt, sämtliche umlagefähigen Beträge von den Mietern, fünf Tage nachdem er ihnen die Rechnungen, Quittungen usw. vorgelegt hat, einzufordern. Infolge dieser Regelung ist die Erhebung eines Vorschusses überflüssig geworden. Die Mieter sind daher zur Vorschußzahlung nicht mehr verpflichtet.

Was die Steigerung der Zinsen und die Erneuerungskosten für Hypotheken betrifft, so hat der Magistrat von dem ihm nach der neuen Preuß. Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz eingeräumten Recht Gebrauch gemacht und angeordnet, daß diese auf die Mieter umgelegt werden. — Im übrigen sind folgende Sätze beschlossen worden: 1. **Für die Verwaltungskosten:** A. einschließlich der Kosten für Hausreiniger, Hauswarts, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen und einschließlich der Kosten für das Hausreinigungsmaterial, a) in einfachen Häusern die 110 000fache Grundmiete, b) in Häusern mit Warmwasserversorgung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen im Betrieb ist, die 130 000fache Grundmiete, c) in geschlossenen Häusern, sowie in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung und Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen im Betrieb sind, die 150 000fache Grundmiete, d) in Geschäfts- und Industriehäusern, die zwar überwiegend Geschäfts- oder Industriezwecken dienen, aber nicht unter Ziffer 3 der Preuß. Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 fallen, für nicht gewerblich — nicht zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken — genutzte Räume, die 150 000fache Grundmiete. Eine nicht dauernde Außerbetriebsetzung bleibt zu b) und c) unberücksichtigt. B. Ausschließlich der Kosten für Hausreiniger, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen, jedoch einschließlich der Kosten für das Hausreinigungsmaterial in Geschäfts- und Industriehäusern, die zwar überwiegend Geschäfts- und Industriezwecken dienen, aber nicht unter Ziffer III der Preuß. Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 fallen, für gewerblich, zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken genutzte Räume die 110 000fache Grundmiete. C. In Häusern, in denen die Mieter am 1. Juli 1914 die gesamte Hausreinigung selbst auszuführen hatten, desgl. in denjenigen Häusern, in denen später von sämtlichen Mietern eine dahingehende Verpflichtung übernommen worden ist, die 45 000fache Grundmiete. D. In Häusern, in denen die Mieter am 1. Juli 1914 die Treppenreinigung selbst auszuführen hatten, desgleichen in denjenigen Häusern, in denen später von sämtlichen Mietern eine dahingehende Verpflichtung übernommen worden ist, die 60 000fache Grundmiete. 3. Für die **Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten** die 2 400 000fache Grundmiete. Die umlagefähigen Beträge können, soweit sie öffentlich-rechtlich nicht begrenzt sind, bis zu folgenden Höchstsätzen auf die Mieter umgelegt werden: 1. Müllabfuhr in denjenigen Häusern, bei denen sie behördlich nicht begrenzt sind, bis zum monatlichen Höchstbetrage der 110 000fachen monatlichen Grundmiete; 2. Schlackenabfuhr in denjenigen Häusern, bei denen sie behördlich nicht begrenzt sind, bis zum monatlichen Höchstbetrage der 30 000fachen monatlichen Grundmiete; 3. Kesselreinigung bis zum monatlichen Höchstbetrage der 30 000fachen monatlichen Grundmiete; 4. Fäkalienabfuhr bis zum monatlichen Höchstbetrag der 600 000fachen monatlichen Grundmiete; 5. Versicherung gegen Feuer in Höhe von 95 Proz.; in denjenigen Häusern, die nicht bei der Städtischen Feuersozietät versichert sind, bis zum monatlichen Höchstbetrage der 100 000fachen monatlichen Grundmiete. Steht das Haus in einer besonderen Gefahrenklasse, so gehen die durch die Versicherung des Gebäudes in der höheren Gefahrenklasse entstehenden Mehrkosten zu Lasten desjenigen Mieters (oder Vermieters), der sie verursacht hat; 6. Versicherung gegen: a) Glasschäden bis zum monatlichen Höchstbetrage der 35 000fachen monatlichen Grundmiete, b) Wasserleitungsschäden bis zum monatlichen Höchstbetrage der 12 000fachen monatlichen Grundmiete, c) Haftpflicht bis zum monatlichen Höchstbetrage der 10 000fachen monatlichen Grundmiete. 7. Die Löhne der Hausangestellten (Hausreiniger, Hauswarts, Heizer, Fahrstuhlführer und dergl.). In Geschäfts- und Industriehäusern, die zwar überwiegend Geschäfts- und Industriezwecken dienen, aber nicht unter Ziffer III der Preuß. Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 fallen, bis zu der Höhe, in der sie jeweils vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt werden, sowie die vom Vermieter zu zahlenden Beiträge für die sozialen Versicherungen. Der Höchstsatz, bis zu dem das Mieteinigungsamt einen Zuschlag für **große Instandsetzungsarbeiten** festsetzen darf, ist auf das 150 000fache bemessen worden.

Die neue Bekanntmachung, auf die wir demnächst zurückkommen, unterliegt noch der Genehmigung des Oberpräsidenten.

Die Schuld an den hohen Fleischpreisen.

Gewaltige Spanne zwischen Lebend- und Schlachtgewicht.

Vom Brandenburgischen Landbund wird uns eine längere Rechtfertigung übersandt, der wir folgendes entnehmen:

Nach den amtlichen Ermittlungen betrug der Preis für ein Pfund Bratenfleisch vom Rind in der Zentralmarkthalle am 13. September 24 Millionen Mark. Dieses Fleisch kann nur von Schlachtvieh stammen, das am 8. September auf dem Berliner Markt eingekauft ist. An diesem Tage betrug der Preis für ein Pfund Lebendgewicht 2 700 000 M. Um aus dem Lebendgewicht den Fleischpreis zu errechnen, müssen wegen der Gewichtsverluste 80 bis 100 Proz. aufgeschlagen werden. Das Verhältnis vom Vieh- zum Fleischpreise im November 1913 ergibt eine Spanne von 86 Proz. Es ist klar, daß unter den heutigen Verhältnissen sehr viel höhere Preisspannungen berücksichtigt werden müssen. Wo aber sind die Fleischer, die beweisen können, daß die Differenz zwischen einem Pfund Lebendgewicht und einem Pfund Fleisch sich von 2,7 auf 24 Millionen Mark bewegen muß? Auch wenn man alle Kosten der Schlachtung und des Verkaufs mit den höchsten Sätzen berücksichtigt, wird man niemals zu einer solch wahnsinnigen Spanne kommen können. Aehnlich, wenn auch etwas weniger kraß, liegen die Verhältnisse bei allen anderen Viehgattungen. Das Pfund Lebendgewicht bei Kälbern kostete am 8. September rund 4 Millionen Mark, das Kalbfleisch 20 Millionen Mark. Die Spanne beträgt also beinahe 16 Millionen für ein Pfund. Das Pfund Lebendgewicht bei Schweinen kostete an dem genannten Markttage 3,5 Millionen Mark; das Pfund Schweinefleisch notierte gestern 20,5 Millionen Mark. Die Spanne beträgt nicht weniger als 17 Millionen Mark je Pfund. Stadt und Land werden dauernd verhetzt, weil immer behauptet wird, die Landwirtschaft nehme für ihre Produkte Wucherpreise. Tatsächlich muß die Landwirtschaft für alle Bedarfsartikel Goldpreise bezahlen, die den Friedenspreis zum Teil erheblich übersteigen. Ihre eigenen Produkte aber gibt sie weit unter Friedenspreis ab. Trotzdem beteiligen sich auch teilweise, besonders in den Großstädten, die Fleischer an der unsinnigen Hetze gegen die Landwirtschaft, indem sie dem Publikum gegenüber die Schuld an den hohen Preisen törichterweise auf die Landwirtschaft schieben."

Die Anschuldigungen der Landwirte gegenüber den Fleischern gehen über das sachlich Berechtigte hinaus. Die Fleischer können, wenn der Dollar am 8. auf 53 Millionen stand, bis zum 13. aber auf 93 Millionen gestiegen war, nicht den Preis des Viehes vom 8. September allein ihrem Absatzpreise zugrunde legen. Sie müssen ja damit rechnen, daß inzwischen die Landwirte ebenfalls wesentlich höhere Preisforderungen stellen und sie dann außerstande sind, für den Erlös ihres Fleisches auch nur annähernd die gleiche Menge von Vieh wieder einzukaufen.

Es liegt uns fern, die Fleischer, die auch ihr geladenes Wucherkonto haben, in Schutz nehmen. Tatsächlich ist der Preisunterschied zwischen dem Lebendgewicht und dem Schlachtgewicht ein so außerordentlich großer, daß die Wucherpolizei sich doch einmal mit ihm beschäftigen sollte. Wenn heute die Fleischpreise so hoch sind, so trägt daran aber sicherlich der Umstand mit Schuld, daß die Landwirte außerordentlich wenig Fleisch nach den Städten schicken und daß auf diese Weise der auf den einzelnen Fleischer entfallende Umsatz auf ein winziges Maß zusammenschrumpft. Um so höher ist dann der Anteil der Unkosten und der Gewinne der Fleischer am einzelnen Pfund Fleisch. Insofern müssen sich die Landbündler schon an die eigene Brust schlagen und ihre Mitschuld an den hohen Fleischpreisen zugeben, selbst dann, wenn ihnen nicht der volle Nutzen aus dieser maßlosen Verteuerung des Fleisches in den Großstädten zugute kommt.

Sie verlangen daher mit demselben Recht, mit dem die Landwirte den Preis für den längst geernteten Roggen erhöhen, einen höheren Absatzpreis.

Glück muß man haben!

Die Wohnungen der Familien Chapse Apter.

Eine merkwürdige Anziehungskraft scheint Berlin gerade auf östliche Ausländer auszuüben, wie in einer Gerichtsverhandlung festgestellt werden konnte, in der ferner auch festgestellt wurde, wie schnell es manchen Leuten gelingt, in Berlin zu einer Wohnung zu gelangen.

Im Jahre 1919 kam der Handelsmann Chapse Apter aus seiner Heimat in Galizien nach Berlin, um hier Handelsgeschäfte zu betreiben. Er war vom „Glück" sehr begünstigt, denn schon nach drei Monaten war er im Besitz einer Wohnung. Zwei Jahre später lief eine anonyme Anzeige beim Wohnungsamt Prenzlauer Berg ein, in der mitgeteilt wurde, daß vier Mitglieder der Familie Apter, obwohl sie Ausländer seien, im Besitze von Wohnungen sich befänden. Tatsächlich war nach und nach die ganze Familie Apter nach Berlin gezogen und vier Brüder Apters sowie seine Schwäger hatten sich die vier Wohnungen binnen drei Monaten zu verschaffen gewußt. Das Wohnungsamt beauftragte im August 1922 den Revisor Mania, der Sache auf den Grund zu gehen. Mania begab sich zu Chapse Apter, der ihm den Mietvertrag und die sonstigen Unterlagen vorlegte. Alles schien ordnungsgemäß zugegangen zu sein. Als der Revisor sich verabschiedete, sagte Apter: „Ihnen guckt ja das Taschentuch aus dem Mantel heraus," und bei diesen Worten machte er eine Handbewegung nach der Manteltasche des Beamten. Was es mit diesen Worten Apters auf sich hatte, merkte der Beamte erst auf der Straße, denn als er sein Taschentuch herausziehen wollte, steckte in der Tasche ein Fünfzigmarkschein. Der Beamte machte daraufhin Anzeige wegen Bestechung. Apter bestritt, dem Beamten das Geld in die Tasche gesteckt zu haben, und das Schöffengericht sprach ihn wegen Mangels an Beweisen frei. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In dieser Verhandlung bezeichnete Landgerichtsdirektor Bernau es als auffällig, daß 18 Mitglieder der Familie als Ausländer binnen drei Monaten Wohnungen bekommen hätten, während zahllose Deutsche jahrelang warten müßten. Der Angeklagte ließ sich hierüber nicht näher aus. Im übrigen sollen jetzt nicht weniger als 43 Mitglieder der Familie aus ihrer galizischen Heimat übergesiedelt sein. Staatsanwalt Schumacher hielt die Bestechung für erwiesen und beantragte gegen Apter drei Monate Gefängnis, die in 75 Millionen Mark Geldstrafe umzuwandeln seien. Der Verteidiger führte aus, daß Mania keine Beamteneigenschaft gehabt habe. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erklärte, daß bedauerlicherweise nicht die Möglichkeit gegeben sei, gegen Fälle der vorliegenden Art einzuschreiten, so daß die Berufung verworfen und der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Hugo Subkes Bestattung.

Unser Genosse Stadtverordneter Hugo Subke wurde am gestrigen Nachmittag auf dem Marienfriedhof an der Prenzlauer Allee zu Grabe getragen. Mit seinen Geschwistern und Angehörigen (Subke war unverheiratet) gaben ihm das Geleit viele Genossen und Freunde und in großer Zahl auch Mitglieder des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen. Vertreten waren der Vorstand dieses Verbandes, die Stadtverordnetenversammlung (auch ihr Vorsteher Dr. Caspari nahm an der Trauerfeier teil), der Magistrat Berlin, die Bezirksverordnetenversammlung „Prenzlauer Berg", das Bezirksamt (mit Bürgermeister Genossen John) und die Organisation der Sozialdemokratischen Partei. In der Kapelle sprach am Sarge ein Geistlicher, der die Barmherzigkeit und Pflichttreue als die Kraftquellen Subkes schilderte. An der Gruft sprach im Namen der Partei, der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, der sozialdemokratischen Bezirksverordnetenfraktion und zugleich des Bezirksamtes der Stadtverordnete Genosse Kreuziger. Er gedachte des treuen Beraters der Armen und Hilflosen, der — selber ein Invalide und Krüppel — ein Mann nicht der Klage oder der Phrase, sondern des willens- und tatkräftigen Handelns war und in der Stadt- und Bezirksverwaltung so manche wertvolle Anregung zum Wohle der Hilfsbedürftigen gegeben hat. Als Vertreter des Magistrats und Leiter des Berliner Wohlfahrtswesens, an dem Genosse

Das Verbrechen der Elise Geitler.

2] **Novelle von Hermann Kesser.**

Als in dieser leider nur scheinbar behüteten Ordnung, vom Bruder als Freund eingeführt, ein geräuschvoller junger Mensch erschien, der am Theater der Stadt als Schauspieler in kleinen Rollen beschäftigt war, da wagte es die Alte zuerst nicht, dem neuen Gast ein mürrisches Gebaren zu zeigen und kämpfte ihr Mißtrauen nieder. Doch blieb sie unvermindert wachsam, als Theo Behrens, mit seinem bürgerlichen Namen Joseph Behrensberger, seine Besuche wiederholte, und musterte ihn im geheimen mit derselben Eindringlichkeit wie am ersten Tage. Damals hatte sie ihn, die Straße am anderen Ufer des Flusses vor Augen, vom hochgelegenen Gemüsegarten aus anrücken sehen und darum auch gewahrt, daß er kaum hundert Schritt vom Hause einen des Weges kommenden Mietwagen aufgriff, mit dem er dann prahlerisch und lärmend anfuhr. Als Elise ging, um dem Ankömmling aufzutun, sah sie ein scharfes und mageres Gesicht mit lauten und stechenden Augen, darunter einen allzublauen Schlips, der zu einer fliegenden Masche gebunden war, und eine schmutzige seidene Weste. Der junge Mann, der ungemein steif und wichtig, aber mit einer etwas erzwungenen Vornehmheit auftrat, fragte nach dem „Herrn Baron von Sohr", und Elise führte den Gast in das Empfangszimmer, wo er von Otto zu Elisens Verwunderung wie ein Bruder begrüßt wurde.

Elise haßte mit wenig Ausnahmen alle die Gäste, die sich in Berligenfeld einfanden. Sah sie doch, daß fast niemand unter ihnen das Haus verließ, ohne den Geschwistern — wie nach einem Wohltätigkeitsbesuch — gütig und schenkend die Hand zu reichen. Mehr noch, alle die hochmütigen Verwandten und Familienfreunde steckten schon auf der hölzernen Brücke wispernd die Köpfe zusammen, ihrer manche blickten auch schadenfroh nach dem geflickten Dach und dem morschen Zaun und begucken die rostige eiserne Gartentüre. „Romantisch, romantisch wohnt ihr jetzt", hatte erst jüngst der alte Hofrat, Gertruds Vormund, bemerkt und dem Mündel an der Türe galant die Hand geküßt; dann aber wäre der steifbeinige Herr durch ein wippendes Brett der wackligen Brücke beinahe zu Fall gekommen, und er scheute sich nicht, seinen Aerger Elisen, die am offenen Küchenfenster die Bohnen schälte, von der Brücke aus zuzurufen, und sie hörte es deutlich, wie er mit einem lauten und ungehaltenen „das hat man davon!" in den Landauer stieg.

Das war Mitleid, das selbstzufriedene und herablassende Mitleid der Freunde und Anverwandten, die nur aus Neugierde in das kleine weiße Haus vor der Stadt schauen wollten und dann erbaut und froh, daß nun nichts mehr zu neiden war, mit gehobenem Haupt davongingen. Die Geschwister merkten es nicht, aber die alte Dienerin sah es und würgte daran. Sie war jetzt Kammerzofe, Köchin, Aufwärterin und Gärtnerin in einem, zog in dem Nutzgärtchen am Hügel hinterm Haus Gemüse und Obst, feilschte mit den Milchbauern um jeden Pfennig, kommandierte die junge Bauernmagd, die tagsüber kam, im Hause herum und verbreitete um die adeligen Geschwister immer noch eine Wolke von Respekt und Unnahbarkeit, so daß es wenigstens in Berligenfeld niemandem einfiel, auf die Bewohner des Landhauses am Steg herabzusehen.

Daß man die Alte, wenn sie wortkarg und mit dem Korb unterm Arm durchs Dorf ging, nach dem Namen des seltsamen Kauzes frug, den man in jüngster Zeit so häufig in der Gesellschaft des jungen Herrn auf Streifereien mit dem Gewehr auf den Hügeln und Wiesen bemerkte, behagte ihr nicht. Sie verschwieg dann, daß er seines Zeichens ein Schauspieler war, antwortete kurz, daß Herr von Sohr den „fremden Künstler" im Auslande kennengelernt habe, und wußte es auch so einzurichten, daß die Tafel, wenn Theo Behrens erschien, nie ausreichend genug bestellt war, um einen Tischgast beizuziehen.

An einem Maimorgen aber, als die Geschwister im Gartenhäuschen beim Frühstück saßen und Elise stumm die Kannen und Tassen auftrug, sagte Otto mit einem Blick auf die Dienerin schnell und wie obenhin: „Herr Behrens kommt heute zum Abendessen!" und Elise antwortete nur tonlos: „Herr Behrens . . .", rieb nochmals, indem sie sich tief über den Gartentisch beugte, die blanken Teller ab und machte sich eilfertig davon.

Gertrud aber, die indessen schweigend einen frischgrünen Zweig um die Finger geflochten hatte, fühlte sich veranlaßt, den Bruder zum ersten Male über den Grund des Gefallens an dem neuen Freunde zu befragen.

Otto gab munter zurück, wie er den Schauspieler jüngst in einer schon schläfrigen Nachtstunde in einem rauchigen Kaffeehaus gefunden habe, in einer Ecke, in der sie beide, ohne einander anzuschauen, gut zwei Stunden grübelnd und Zeitungen lesend gesessen hatten, bis sie bei einem flüchtigen Zusehen einander als Schulkameraden erkannten. Und dann waren sie, wie Otto berichtete, über die Maßen warm geworden, hatten sich so viel zu erzählen gehabt, daß sie draußen noch unter dem vernebelten Nachthimmel schwatzten, bis der graue Morgen dämmerte. Behrens, der in halb Deutschland herumgekommen sei, habe von seiner Kunst und von seiner Not geredet, wobei bald sichtbar geworden wäre, daß er ein echter Künstler sei und die Welt und die Menschen nicht wie ein Taglöhner, sondern wie ein Freier und Weiser anzusehen vermöge.

So sagte Otto von Sohr und fand Worte, wie wenn er der bestellte Werber und Verkünder für das Genie eines Großen wäre, und meinte noch, die Schwester, die bisher mit dem Schauspieler kaum wenige Worte gewechselt habe, würde es nicht bereuen, einmal länger in seiner Gesellschaft zu sein.

Gertrud, leicht belustigt über den treuherzigen Eifer des Bruders, nahm es gerne hin, daß er so um ihre Zerstreuung besorgt war und drückte ihm um so zärtlicher die Hand, als Otto nun auch einen großen Stoß unaufgeschnittener und gehefteter Bücher vor die Schwester hinlegte, neue Romane, wie er sagte, die ihr die Zeit vertreiben sollten. Dies aber war ihr immer das Liebste von seinen Geschenken, und so zerteilte sie denn auf der Stelle die Blätter des erstbesten Buches, gierig und hastig, wie sich ein Trinker auf die Betäubung des roten Weines stürzt.

Als sie schon mitten im Lesen war, legte ihr Otto zum Abschied die Hand auf die Schulter und Gertrud schaute mit einem verlegenen Lächeln auf.

Langsam, den Hut in der Hand, schritt er dann durch den Garten. Gertrud hörte das Gitter klirren, vernahm den Schall der Tritte auf dem hölzernen Steg und sah ihm zerstreut nach, wie er auf der gewundenen Straße um die Ecke bog.

Der blaue Tag blendete ihre Augen. Ueberall strahlte ihr Helligkeit entgegen, von den Blumenbeeten, auf denen die weißen und gelben Margueriten standen, von den flimmernden Hügelwiesen hinterm Haus, von den beglänzten Buchenstämmen am Ufer und den Silberweiden am Steg. Selbst die alten Wände des weißen Hauses glänzten, und es glänzte auch alles, was hier alt und gebrechlich war, die rostbraunen Ziegeln auf dem hohen Satteldach und der grüne kleine Balkon vor ihrem Zimmer, auf dem jetzt Elise mit ihrem strengen und ernsten Gesicht das Bettzeug an die Sonne breitete.

(Fortsetzung folgt.)

Subke in voller Hingabe mitgearbeitet hat, widmete Stadtrat Genosse Hintze dem Verstorbenen einen Nachruf. Subkes Wirken für den Zentralverband der Invaliden und Witwen schilderten in herzlichen Worten der Vorsitzende des Verbandes und der Vorsitzende des Gaues Berlin. Viele der grau- und weißhaarigen Invaliden und Witwen standen in tiefer Ergriffenheit vor der offenen Gruft. Der Verband, die Partei und die Bezirksverordnetenfraktion legten Kränze nieder.

Preisberechnung ausländischer Waren.

Die wichtige Frage, zu welchem Verkaufspreis Ware ausgezeichnet werden darf, bei der die Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden, die Ware aber in Deutschland fertiggestellt ist, beschäftigte das Wuchergericht des Landgerichts I.

Die hiesige Zweigniederlassung einer Firma im Elsaß hatte eine baumwollene Ware von dort bezogen, mit Franken bezahlt, auf diesen Einkaufspreis einen prozentualen Zuschlag gelegt und so den Gesamtpreis errechnet. Dieses Verfahren führte in einem Fall zur Beanstandung und zu einem Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums, das sich auf den Standpunkt stellte, daß, da der Anteil an den besonderen und allgemeinen Geschäftsunkosten ebenso wie der Unternehmerlohn im Inland erwachsen sei, der vorgenommene prozentuale Gewinnzuschlag einen übermäßigen Gewinn enthalte, da die äußere Geldentwertung, insbesondere in der in Frage stehenden Zeit, der inneren vorausgeeilt sei. Die Staatsanwaltschaft erhob darauf gegen den Geschäftsführer Kuhn Anklage wegen Preiswuchers und beantragte in der Hauptverhandlung gegen ihn eine Geldstrafe von 500 000 000 M. Hiergegen führte Rechtsanwalt Dr. Alsberg aus, daß eine Trennung der Kalkulation in der Weise, daß einzelne Preisbildungsfaktoren in ausländischer Währung, andere in inländischer Währung berechnet würden, praktisch völlig unmöglich sei und dem Kaufmannsstand Aufgaben aufbürde, die dazu führten, daß der Kaufmann, anstatt produktive Arbeit zu leisten, sich mit zeitraubenden und zudem völlig unsicheren Kalkulationen befassen müsse. In einem Fall, in dem die zum Verkauf gestellte Ware ganz oder zum überwiegenden Teil aus ausländischen Rohstoffen bestehe, könne eine andere Kalkulation als in ausländischer Währung überhaupt nicht durchgeführt werden. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, indem es erklärte, daß die Nachprüfung der Kalkulation zum Nachweis eines übermäßigen Gewinnes nicht geführt habe.

Brotkarten aufbewahren!

Das Ernährungsamt teilt mit: Die Vorsicht gebietet, für alle Fälle auch für die Zeit nach dem 14. Oktober in den Händen des Publikums eine Karte zu belassen, auf die Lebensmittel im Laufe der kommenden Monate verteilt werden können. Die Höhe der Papier-, Druck- und Ausgabekosten macht die Herstellung und Verteilung einer neuen Karte untunlich. Es ist deshalb folgender Ausweg gewählt worden, bei dem die Verwaltung auf die Mitwirkung des Publikums und der beteiligten Gewerbekreise rechnet: Durch Verordnung vom heutigen Tage wird die Brotkarte der 41. Brotkartenwoche (mit der roten Zahl 41, 8. bis 14. Oktober) zur Entnahme von Brot in dieser Woche gesperrt. Sie verbleibt in den Händen des Publikums und ist gut aufzubewahren. Die Karte der vierzigsten Brotkartenwoche (1. bis 7. Oktober) dient zur Abgabe und Entnahme des Brotes sowohl in der 40. wie in der 41. Woche; und zwar können in der vierzigsten Brotkartenwoche auf Abschnitt A 1400 Gramm Brot, auf Abschnitt B 500 Gramm Brot oder 300 Gramm Mehl, in der 41. Brotkartenwoche auf Abschnitt C bis F 1400 Gramm Brot, auf Abschnitt G 500 Gramm Brot oder 300 Gramm Mehl entnommen werden. Die Herstellung und Abgabe von Marken-Kleingebäck (Schrippen) muß hiernach bereits mit dem 1. Oktober eingestellt werden.

Aufgelöste Demonstrationszüge. Am Dienstagabend versammelten sich im Friedrichshain am Märchenbrunnen etwa 200 Personen, die aus einer Versammlung gekommen waren. Sie wurden ohne Zwischenfälle zerstreut. — Um 9¾ Uhr abends fanden sich auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg etwa 120 Personen ein, die aber auf Ersuchen von Polizeibeamten ohne weiteres auseinander gingen. — Gegen 7¼ Uhr abends zogen etwa 150 Personen aus Weißensee nach dem Friedrichshain. Der Zug wurde von drei Beamten der Schutzpolizei zerstreut, die rote Fahne beschlagnahmt und der Fahnenträger festgenommen.

Wieder höhere Verkehrspreise.

Aus Anlaß der fortschreitenden Teuerung erhöhen die Berliner Verkehrsunternehmen ihre Fahrpreise ab Freitag, den 28. d. M., wie folgt:

Straßenbahn: Einfacher Fahrschein **4,5 Millionen,** Umsteigefahrschein 5 Millionen.

Hochbahn: 3. Kl. 1. Zone 3 Millionen, **ganze Fahrt 4,5 Millionen.** 2. Kl. 1. Zone 4,5 Millionen, ganze Fahrt 6 Millionen.

Omnibus-Gesellschaft: Teilstrecke 4½, **ganze Fahrt 5 Millionen.**

Der Großhandelspreis für Zucker ist ermäßigt worden und beträgt von dem heutigen Tage ab 1 922 000 000 M. pro Doppelzentner. Der Preis hat bereits die Zustimmung des Oberpräsidenten gefunden.

Ein Schutzverein der Gaskonsumenten hat sich nach einer zahlreich aus allen Teilen der Bevölkerung besuchten Versammlung in Zehlendorf gebildet. Die Empörung richtet sich ausschließlich gegen die unerträglich gewordenen Praktiken der Gasbetriebsgesellschaft, die die westlichen Vororte mit Gas versorgt. Es kamen einige haarsträubende Fälle zur Sprache, woraus der Schluß zu ziehen berechtigt ist, daß, wenn die Gesellschaft selbst keine sofortige Abhilfe schafft, sich unbedingt die Aufsichtsbehörden ins Mittel legen müssen.

Die öffentlichen Sprechstunden des Landesberufsamtes und des Berufsamtes Berlin sind dahin abgeändert worden, daß vom Freitag, den 5. Oktober, an jedem Freitag, nachmittags von 1 bis 6 Uhr, Sprechstunden für Ratsuchende abgehalten werden, während an den übrigen Tagen, außer Sonnabends, die Beratung von 9 bis 1 Uhr, für Schüler und Schülerinnen der Oberstufe höherer Lehranstalten von 1 bis 3 Uhr wie bisher stattfindet.

Große Zufuhren an Ostseeflundern. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Letzthin sind besonders reiche Zufuhren an Ostseeflundern in Berlin eingetroffen. Für die nächsten Tage steht der Eingang weiterer größerer Mengen zu erwarten. Infolge des starken Angebotes sind diese Flundern verhältnismäßig preiswert und zum Einkauf zu empfehlen.

Festnahme eines nach Frankreich geflüchteten Mörders. Am 16. April d. J. wurden die Schiffer Hesse und Teichert auf einem im Akener Elbhafen vor Anker liegenden Kahn ermordet und beraubt. Hesse war durch drei Schüsse und vier Messerstiche in den Kopf, Teichert durch einen Oberschenkel- und einen Kopfschuß getötet worden. Berliner Kriminalpolizei ermittelte einen gewissen Willi Straube, einen wiederholt vorbestraften Verbrecher, der abwechselnd in Aken, Zerbst, Dessau und Köthen wohnte, als den Täter. Straube, der mit einer Belgierin verheiratet ist, war nach Frankreich geflüchtet und hielt sich in Seclin in Nordfrankreich auf. Die französische Regierung hat nunmehr den Unmenschen ausgeliefert. Er ist soeben im Landgerichtsgefängnis Magdeburg interniert worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 29. September, abends 6 Uhr, Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Die Kreisvorsitzenden müssen in einer besonderen Angelegenheit bestimmt anwesend sein.

9., 10., 11. und 12. Kreis. Große öffentliche Versammlung Freitag, den 28. d. M., 7½ Uhr, im Realgymnasium Friedenau, Homuthstraße 1 (Nähe Hauptstraße). Tagesordnung: „Die Demokratisierung der Verwaltung — eine Lebensfrage für die Republik". Ref. Gen. W. Thurau. Freie Aussprache.

17. Kreis. Lichtenberg. Freitag, den 28. d. M., 7 Uhr, Sitzung des Kreisvorstandes mit dem Gesamtordnerdienst im Arbeitsamt, Schreiberhauer Straße. Die Abteilungsobleute haben sämtliche Ordner noch besonders zu benachrichtigen.

Bezirksmieterausschuß. Freitag, den 28. September, pünktlich 8 Uhr, Sitzung in der Geschäftsstelle des Mieterverbandes, Potsdamer Straße 56, Gartenhaus 2 Treppen.

Heute, Donnerstag, den 27. September:

63. Abt. 7½ Uhr bei Reim, Urbanstraße 29, **Mietervertretersitzung.** Thema: „Das Mieterschutzgesetz".

Morgen, Freitag, den 28. September:

85. Abt. Tempelhof. ½8 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftswirtshaus, Dorfstraße 51. Vortrag des Genossen Dr. Karsen über Schulreform.

Jungsozialisten Schöneberg. Freitag, den 28. September, abends ½8 Uhr, Kinderhort Feurigstraße 33, Leseabend. — Donnerstag, den 27. September, Treffpunkt zur Zentralveranstaltung um ½7 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Die Eltern der Arbeiterjugend willkommen.

Männerchor Friedrichshain. Die Sangesbrüder treffen sich Freitag, den 28. d. M., 7 Uhr, im Jahn-Realgymnasium, Rummelsburg, Marktstraße 2.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

36. Abt. Am Dienstag, den 25. d. M., ist Genossin Luise Häger, Koloniestraße 56, verstorben. Einäscherung ist Freitag, den 28. d. M., nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 27. September:

Baumschulenweg. Besuch der Abteilung Neukölln IV. Treffpunkt 7 Uhr Jugendheim Ernststraße. — **Norden.** Jugendheim Gemeindeschule Putbuser Straße 3—5. Vortrag: „Imperialismus". — **Stralauer Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Koglerstraße 5. Vortrag: „Die Entstehung der Erde". — **Senefelder Viertel.** Jugendheim Badeanstalt Oderberger Straße, Vortrag: „Das Sozialistengesetz".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Vortrag über: „Wohnungsfrage". Ref. Genosse G. Jäckel. Alle Vorträge finden jeden Donnerstag in der Niederwallstr. 12, abends ½8 Uhr, statt. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener. Bez. 3 (Südost-Neukölln). Wichtige Bezirksvers. am Donnerstag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Kottbuser Ufer 32. Gäste willkommen. — Bezirk 7 (Charlottenburg). Mitgliederversammlung am Freitag, 28. September, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Reimer, Wilmersdorfer Straße 21 (Ecke Kanalstraße). „Die bedrängte Lage der Kriegsopfer". Ref. Kamerad Stech (Verbandsleitung).

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, 12. Bezirk. Am Donnerstag, den 27. September, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula der Oberrealschule in Steglitz, Elisenstr. 3. Mitgliedskarte legitimiert.

Neukölln, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Freitag abend 7 Uhr pünktlich 3. Kursabend zur Ausbildung von Helfern und Helferinnen in der Schule Lessingstraße. Thema: 1. „Wie liest man Kindern vor?" 2. Fortsetzung des praktischen Schuhanfertigungskurses.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen. Berlin-Treptow. Freitag, 28. September, Zeichensaal Wildenbruchstraße 53, abends 8 Uhr: „Wirkung des Alkohols auf den jugendlichen Organismus und vorbeugende Maßnahmen der Schule". Rektor Lorenz.

Arbeitersport.

Turnverein Fichte bei den Schwerkriegsverletzten. Mehrere Abteilungen des 13. Bezirks — die 8b Mädchenabteilung und das Musikkorps genannten Vereins — fanden sich kürzlich im Versorgungskrankenhaus Tempelhof ein, um den dort noch weilenden Schwerkriegsverletzten ein paar frohe Stunden zu bereiten. Abseits vom Großstadtlärm, wo scheinbar selbst die Vögel das Singen verlernt haben, sprangen und schwangen lebensfrohe Gestalten nach dem Rhythmus der Musik. Mit reger Aufmerksamkeit wurden die Reigenspiele der 8b Mädchenabteilung verfolgt. Den Abschluß bildeten Pyramiden und das Barrenturnen der männlichen Jugend.

Arbeiter-Athleten-Bund. Serienkampf Spandau gegen Nord-Ost 5:1. Am Dienstag, den 18. September, fand in Seils Festsälen, Spandau, der Kampf „Spandauer Kraftsport-Vereinigung und Nord-Ost-Berlin" in der A-Klasse statt. Im Bantamgewicht siegte Schulze-Spandau über Müller-Nord-Ost in 40 Sekunden. Im Federgewicht rangen Sadowski-Spandau und Helling-Nord-Ost unentschieden. Franke-Spandau und Mabaus-Nord-Ost im Leichtgewicht ebenfalls unentschieden. Im Leichtmittelgewicht siegte Heckmann-Spandau über Dallinger-Nord-Ost in 4,45 Minuten. Im Schwermittelgewicht siegte W. Wulfom-Spandau über Klein-Nord-Ost in 3 Minuten. Der Kampf im Schwergewicht, Plume-Spandau gegen Noack-Nord-Ost, sah Plume-Spandau in 4,25 Minuten als Sieger.

Wetter bis Freitag mittag. Ein wenig kühler, zunächst überwiegend bewölkt mit wiederholten, im Norden noch vielfach starken Regenfällen, später vorübergehend aufklarend und etwas wärmer.

Nachmittags nur bei Zielka! Varieté Kabarett Friedrich- Ecke Leipziger.
Eintritt frei bis auf reservierte Plätze.

Dänische Margarine
wie Butter im Geschmack
aber um die Hälfte billiger
verteilt die
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend
E. G. m. b. H.
in 164 Verteilungsstellen Groß-Berlins

Pelzhaus Warschauerstraße 7. Gelegenheitskäufe. Riesenauswahl. Spottpreise.

Pelzwarenwegner, Potsdamerstraße 63, spottbillige Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Neuwaren, Edelschmuckwaren.

Bettwäsche. Diese Woche staunend billige Ausnahmetage in Bettbezügen und Bettlaken, Handtücher, Wäschestoffe, Tischtücher, Lakenstoffe, Damaste, Streifsatin, bunte Bezüge, fertige Inlette usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen. Massenauswahl. Nur gute Qualitäten. Mengenabgabe vorbehalten. Wäsche- und Stickerei-Industrie-A.-G., Große Frankfurter Str. 9.

Bettwäsche. Sechs billige Ultimotage mit 5 Prozent Rabatt! Deckbettbezüge, Kissen, Bettlaken, Inlette, Wäschestoffe, Daunendecken, Tischwäsche, Frottierwäsche, Ueberschlaglaken, Damasthandtücher, Fabrikpreise, Reelle, fachmännische Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Graefestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 10 (Rosenthaler Platz), Spandau, Potsdamerstraße 20.

Möbel

Gelegenheit. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Büfett 875 000 000, Schreibtisch 550 000 000, Kleiderschrank 350 000 000, Vertiko 300 000 000, Plüschsofa 320 000 000, Waschtoiletten 230 000 000, Küchen 430 000 000. Riesenauswahl in Einzelstücken, von der einfachsten bis zu der apartesten Ausführung, verkauft Gottlieb, Rügenerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Lieferung frei Haus. Versand auch nach außerhalb.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Metallbetten, Schlafzimmer (Eiche), Doppelbetten, Chaiselongues billig. Spezialhaus nur 63 Auguststraße 63.

Metallbetten, Chaiselongues 300 000 000 an. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststr. 32a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Friedensklaviere. Zahlungserleichterung. Albrecht, Oranienstraße 62.

Pianos preiswert. Klaviermacher Fink, Brunnenstraße 33.

Schrankapparate, hochelegante, Schleuderpreis. Sandau, Friedrichstr. 29 III.

Kaufgesuche

Pianos sucht Voigt, Neukölln, Sanderstraße 30.

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 45.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Nollendorf 3597.

Feldstecher 68, Prismengläser, Photoapparate, Jagdgewehre zahlt 20 Proz. mehr wie Konkurrenz. Müller, Jahnstraße 1. Anzutreffen 3—7. Mrpl. 4722.

Schallplatten, alte, zerbrochene, kauft zu höchstem Tagespreis. Ringewald, Schreinerstr. 37, Hof parterre.

Prismengläser kauft Haller, Eichendorffstraße siebzehn (Stettiner Bahnhof).

Pistolen, Feldstecher, Fotos höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16.

Mauserpistolen, große, mit Holzansteckfutteral, Jagdwaffen aller Art, Prismenfeldstecher, feldgraue 98 usw. bezahlt stets höher wie jede Konkurrenz. Preußner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 244.

Spulendrähte, isolierte, blanke; Kupferkabel, Motoren, Fassungen kauft Hinz, Elsasserstraße 17. Norden 4688.

Höchstzahlend kauft Kabel, Litzen, Kupferdrähte, Wachsdrähte, Spulendrähte, Motoren, Glühlampen sowie sämtliches Installationsmaterial Elektrizitäts-Werkstätte, Neukölln, Kottbuser Damm 96. Moritzplatz 163 68.

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Fahrradankauf, höchsten Tageskurs. Wunsch persönliche Abholung. Dresdenerstraße 120. Moritzplatz 3730.

Fahrradankauf, Freilaufräder, höchstzahlend. Brückner, Gitschinerstraße 28.

Fahrräder, Motorräder, Autozubehör, Kugellager, kauft höchstzahlend Pils, Stettinerstr. 58.

Felleinkauf. Ziegen, Zickel, Kanin, Roßhaare, Schafwolle, Maulwürfe, Kalbfelle. Waldenburgerstraße 2. Alexander 1857. Händler Extrapreise.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Säckeinkauf, Kühgarn, Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Säckeinkauf, Neukölln (2196), Fuldastraße 33. Strohsäcke, Rucksäcke, Kartoffelsäcke verkäuflich.

Säcke, Plane, Emballage, Zwirne kauft höchstzahlend Abisch, Linienstr. 44 (Schönhausertor). Norden 2824.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Golubew, Schönhauser Allee 137.

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Dobike, Amsterdamerstraße 21.

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik. Abendlehrkurse.

Modetanzkurse, Anfängerkursus, Kinderkursus, Modekurs. — Ehepaare beginnen Oktober. Privatunterricht jederzeit. Stellmacher, Tempelhofer Ufer 1a, Hallesches Tor, Lützow 3367.

Verschiedenes

Auskunft, Untersuchungen. Hebamme Bottig, Dieffenbachstraße 54, Ecke Gräfestraße, Kottbuser Brücke.

Geldverkehr

Milliarden, Ratenrückzahlung, Möbelsicherheit. Willun, Kalckreuthstraße 1 (Nollendorfplatz).

Vermietungen

Mietgesuche

Suche leeres Zimmer gegen gute Bezahlung, möglichst Osten. Liebe bei Meseke, Wilhelm-Stolze-Straße 31.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Lehrling, Schulzeugnis Oberklasse, sucht Buchdruckerei Hilger, Bülowstr. 56.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Durch Ausscheiden ist die Stelle eines
Bevollmächtigten
sofort zu besetzen. Kollegen, die auf diese Stellung reflektieren, müssen **selbständig arbeiten** gewöhnt, eine Verwaltungsstelle leiten und Verhandlungen für größere Tarifgebiete führen können. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbungen sind bis zum 4. Oktober an den **Deutschen Metallarbeiter-Verband, Osnabrück, Collegienwall 14,** einzusenden. [439

Vorwärts - Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Bastianstr. 7; Gillmann, Carmen-Sylva-Str. 57; Greifenhagener Straße 22; Immanuelkirchstr. 24; Lausitzer Platz 14/15; Petersburger Platz 4; Wattstr. 9; Wilhelmshavener Str. 45. **Adlershof,** Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre. **Baumschulenweg,** Köpke, Kiefholzstr. 189. **Buchholz,** zu melden bei Wagner, Blankenburg, Burgwallstr. 63. **Charlottenburg,** Sesenheimer Str. 1. **Cöpenick,** Kirchstr. 6, Laden. **Friedrichshagen,** Hoffmann, Kurze Str. 1. **Lichtenberg,** Wartenbergstr. 1; Boxhagener Str. 62. **Lichtenberg-Friedrichsfelde,** Frankfurter Allee 155, Laden. **Mariendorf,** Leip, Chausseestr. 29. **Marienfelde,** Greulich, Berliner Str. 143. **Neukölln,** Neckarstr. 3; Siegfriedstr. 28/29. **Niederschöneweide,** Schindler, Fennstr. 23. **Reinickendorf-W.,** Scharnweberstr. 114/15. **Schöneberg,** Belziger Str. 27. **Tempelhof,** Kaiser-Wilhelm-Str. 13. **Wilmersdorf,** Kaiserplatz 10, parterre.

In der Nacht vom 25. zum 26. September verschied nach längerem schweren Leiden der stellvertretende Vorsitzende unseres Außenhandelsausschusses, Herr

Wilhelm Gleichauf
Vorsitzender des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter

Der Verstorbene hat unserem Außenhandelsausschuß von Anfang an als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender angehört und stets in aufopfernder, selbstloser Mitarbeit seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben gestellt. Die guten Eigenschaften des Verstorbenen sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bei Allen, die durch engeres Zusammenarbeiten mit ihm Gelegenheit hatten, ihn kennen und schätzen zu lernen.

Charlottenburg, den 26. Septbr. 1923.
Bismarckstr. 109
Außenhandelsstelle für den Maschinenbau

Goldgelbe Orient-
Zigaretten
Spezial . 380 Mk.
Goldbriefe 370 Mk.
(Doppelformat)
Nur an Wiederverkäufer heute 8-1 Uhr
Gutlicht
Zigarettenfabrik
Köpenicker Straße 7a.
(Schlesisches Tor).

Verkäufe

Teppiche, prachtvolle Muster, verkauft billig Stein, Anklamerstr. 20.

Nähmaschinen, neue, gebrauchte, Adler, Phönix, Singerbobbin. Kastorn, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre.

Nähmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103. Nollendorf 6082. Eigene Reparaturwerkstatt.

Seifen verkaufen günstig engros und detail. Dr. Merson u. Langen, Karlstraße 18a.

Hobelbank, gute, verkäuflich. Zentrum 4478. 196/9

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Naß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Nicht kaufen bei uns, bevor Sie sich nicht in anderen Geschäften über die Preise in Herren-Bekleidung erkundigt haben. Erst überzeugen Sie sich über unsere Preiswürdigkeit. Wir führen nur beste Qualitäten. Elegante Anzüge, moderne Ulster, Paletots, Schlüpfer, Gummimäntel, Sportpaletots. Spezialität: Ersatz für Maß. Aufmerksame Bedienung. Bindel, Invalidenstraße 20, direkt Stettinerbahnhof.

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Auf Kredit moderne Herrenanzüge, Taillenmäntel, Autamohs, Maßverarbeitung, beste Zutaten, Bequeme, diskrete Teilzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstraße 22a. Hochbahnhof Nollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Gelegenheit. Kreuzfüchse, Silberfüchse, Wölfe, Sealmäntel, Jacken, spottbillig beim Fachmann. Mariannenplatz 7.

Elegante Pelzjacken, Pelzmäntel, moderne Sportpelze, Gehpelze, Silberwölfe, Schals verkauft spottbillig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 138.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße